



LVV LEIPZIGER VERSORGUNGS- UND VERKEHRSGESELLSCHAFT MBH
KONZERNABSCHLUSS
2013

INHALTSVERZEICHNIS

Konzernlagebericht	Seite 3
Konzernbilanz	Seite 30
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	Seite 32
Konzernanhang	Seite 33
Konzernkapitalflussrechnung	Seite 60
Konzerneigenkapitalspiegel	Seite 62
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	Seite 64



KONZERNLAGEBERICHT

FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2013

LVV LEIPZIGER VERSORGUNGS- UND VERKEHRSGESELLSCHAFT MBH, LEIPZIG

1 GRUNDLAGEN

1.1 Geschäftsmodell

Mit seinen rund 4.800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist der Konzern der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig (LVV), eines der größten Unternehmen Ostdeutschlands. Der LVV-Konzern umfasst eine Vielzahl von Unternehmen, die täglich Leistungen der Daseinsvorsorge in hoher Qualität erbringen.

Die Aktivitäten des Konzerns umfassen im Wesentlichen die Geschäftsbereiche Energieversorgung, Wasserver- und Abwasserentsorgung, öffentlicher Personennahverkehr sowie mit den Geschäftsbereichen zusammenhängende Dienstleistungen. Der Bereich Energieversorgung umfasst die Erzeugung von Strom und Wärme, den Strom- sowie Gasgroßhandel, den Vertrieb von Strom, Gas und Wärme, die Wärmeversorgung in Pommern, den Betrieb von Strom-, Gas- und Wärmeverteilungsnetzen sowie die Erbringung energienaher Dienstleistungen. Im Bereich der Wasserver- und Abwasserentsorgung werden die Bereitstellung von Trinkwasser und die Beseitigung von Abwasser sowie vielfältige Dienstleistungen in technischen und kaufmännischen Belangen abgesichert. Der Personennahverkehr umfasst hauptsächlich den Betrieb von Straßenbahnen und Omnibussen sowie die Erbringung von Verkehrsdienstleistungen im Stadtgebiet Leipzig sowie im angrenzenden Umland. Der sonstige Servicebereich ist Kompetenzzentrum für alle Belange der Konzernunternehmen beispielsweise in Bezug auf Abrechnungsleistungen. Darüber hinaus werden Beratungs- und Dienstleistungen für externe Kunden angeboten.

Die Leistungen der Geschäftsbereiche werden jeweils durch ein oder mehrere Tochterunternehmen des Konzerns erbracht. Die Leitung der Tochterunternehmen untersteht den jeweiligen Geschäftsführungen. Organisations-, Planungs- und Berichtsstruktur des Konzerns entsprechen den strategischen Geschäftsfeldern. Die Schwerpunkte in der Steuerung bilden die Konzernunternehmen Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig (KWL), Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Leipzig (LVB), und Stadtwerke Leipzig GmbH, Leipzig (SW Leipzig).

1.2 Ziele und Strategien

Als kommunaler Versorgungs- und Verkehrskonzern übernehmen wir die Verantwortung für wesentliche Teile der Infrastruktur der Stadt Leipzig. Wir verbinden Tradition mit Innovation und bringen öffentliche Daseinsvorsorge mit unternehmerischem Denken und Handeln in Einklang.

Der LVV-Konzern steht für einen zuverlässigen Betrieb der Infrastruktur, attraktive und marktgerechte Produkte, umfassenden Service sowie langfristige Kundenbeziehungen. Der Konzern ist darüber hinaus ein wichtiger und attraktiver Arbeitgeber. Der nachhaltige Nutzen für unsere Kunden und die Bürger und Bürgerinnen der Stadt und Region Leipzig stehen im Mittelpunkt unseres Handelns.



Die Ziele des LVV-Konzerns basieren auf den Eigentümerzielen der Stadt Leipzig. Dazu gehört die Bereitstellung von technischer Infrastruktur und die Sicherung der Grundversorgung in den Bereichen Energie, Wasser, Abwasser und Verkehr. Ein wichtiges Konzernziel ist auch die Innenfinanzierung des Leipziger Nahverkehrs. Unabdingbar hierfür ist die dauerhafte Sicherung der Ertragskraft des Konzerns.

Dies soll einerseits durch eine Verbesserung der Effektivität und Effizienz im LVV-Konzern erreicht werden. Unter Effizienz werden dabei alle Maßnahmen verstanden, die zu nachhaltigen Kostensenkungen bei den Kernprozessen und Unterstützungsprozessen führen. Mehr Transparenz und die konzernweite Verbesserung der Monitoring- und Steuerungssysteme sehen wir als eine notwendige Grundlage um die Effektivität und damit unsere Fähigkeit zur zielgerichteten Umsetzung zu verbessern. Andererseits fokussieren wir uns auf unser Kerngeschäft – vorrangig in unserem Heimatmarkt Stadt und Region Leipzig. Diese Fokussierung umfasst insbesondere auch die konsequente Umsetzung der teilweise grundlegenden Veränderungen im Energiegeschäft, die mit der Energiewende verbunden sind. Fokussierung bedeutet darüber hinaus auch die Nutzung von Marktchancen in unserem Kerngeschäften – auch über unsere Region hinaus. Dabei wägen wir sorgsam alle Chancen und Risiken ab. Ein wichtiger Maßstab für unsere Entscheidungen ist ein nachhaltiger Beitrag zur Sicherung oder Verbesserung unserer Ertragskraft im Konzern.

Das Agieren des LVV-Konzerns orientiert sich dabei an den vorhandenen Ressourcen, den Branchenentwicklungen und den zukünftigen Rahmenbedingungen. Die Stärken liegen im Betreiben von Energie und Wassernetzen, der Energieerzeugung, dem Energiehandel sowie dem Endkundengeschäft. Wichtig ist für uns auch die breite Diversifikation und die Nutzung von zusätzlichen wirtschaftlichen Chancen aufgrund der zunehmenden Prosperität der Stadt Leipzig.

Durch ein übergreifendes, wertorientiertes Management des Geschäftsportfolios, engere Zusammenarbeit im Konzern sowie durch die aktive Gestaltung der Wertschöpfungsketten sichert der Konzern seine nachhaltige Ertragskraft. Als Infrastrukturkonzern nehmen langfristige Investitionsentscheidungen eine exponierte Stellung ein. Investitions- und sonstige Managemententscheidungen betrachtet die Managementholding über einen konzerneinheitlichen Kriterienkatalog.

Die verfolgte Strategie soll einen Nutzen für alle Anspruchsgruppen des LVV-Konzerns stiften, das heißt das vorhandene Ressourcenpotenzial des Konzerns in einen messbaren, wahrgenommenen Kundennutzen zu verwandeln, einen Standortvorteil herzustellen oder zu sichern, den Konzern zukunftsfähig aufzustellen und einen nachhaltigen Wettbewerbsvorteil zu erarbeiten oder zu nutzen sowie das investierte Kapital in Abhängigkeit von den eingegangenen Chancen und Risiken sicher und rentabel zu verzinsen.

1.1 Steuerungssystem

Mit den wachsenden Anforderungen an den LVV-Konzern steigen die Anforderungen an die Aufsichtsgremien und die Geschäftsführung der LVV sowie der Tochtergesellschaften auch im Hinblick auf ihre Überwachungs- und Steuerungsaufgaben. Dem wurde unter anderem durch die Einführung eines konzernweiten Finanzmanagements, einer Konzernrevision, eines Konzernrechnungswesens und einer Konzernkommunikation Rechnung getragen. Diese Funktionen wurden bereits im Vorjahr weiter gestärkt und um weitere Steuerungsfunktionen wie Personalstrategie und IT-Strategie ergänzt. Zudem wurden die Inhalte des Beteiligungsmanagements und der Konzernentwicklung aktualisiert und weiter zielkonform ausgebaut.

Um auf den Versorgungs- und Verkehrsmärkten auch zukünftig die hohe Qualität der offerierten Dienstleistungen zu erhalten, setzt der LVV-Konzern ein wertorientiertes Managementsystem zur Steuerung und Führung ein. Dabei besteht das Ziel, den Unternehmenswert durch profitables, nachhaltiges Wachstum kontinuierlich zu steigern.



Mit dem bestehenden Controllingkonzept koordiniert und steuert die LVV die einzelnen Tochtergesellschaften. Die zentrale Abstimmung erfolgt im Rahmen des jährlichen Strategie- und Planungsprozesses, in welchem grundsätzliche Entscheidungen über Investitionen, Markterschließungen und andere Aktivitäten in ihren Auswirkungen auf die Unternehmenswertentwicklung offengelegt und kritisch diskutiert werden. Die Planung im LVV-Konzern erfolgt Bottom-up unter Einhaltung von vorgegebenen Rahmenbedingungen. Damit werden die einzelnen Tochtergesellschaften unterstützt, integriert und eine konzernweite Transparenz geschaffen.

Die bestehenden Berichterstattungssysteme für Ist- und Planungsrechnungen werden aktuell überarbeitet, um zeitnah und zielorientiert strategische und operative Elemente zu verbinden.

Neben dem abschließenden Ausbau der Steuerungsfunktionen der LVV konzentriert sich die LVV weiterhin auf die Erschließung von Synergien und Effizienzverbesserungen im Konzern und wird auch in den Folgejahren an der Umsetzung der eingeleiteten Maßnahmen arbeiten.

1.2 Leistungskennzahlen

Der Steuerung des LVV-Konzerns werden insbesondere folgende Leistungskennzahlen zugrunde gelegt:

Kennzahl		2012	2013	2013	2014
		Ist	Plan	Ist	Plan
Konzernergebnis	[Mio. EUR]	-60,7	-3,9	-3,5	10,6
Eigenmittelquote	[%]	32,1	34,3	32,2	34,0
Nettogesamtverschuldung	[Mio. EUR]	576,6	735,3	561,8	732,1
Adjustiertes EBITDA	[Mio. EUR]	217,9	190,4	199,4	216,4
Dynamischer Verschuldungsgrad		2,7	3,9	2,8	3,4

Die Eigenmittelquote ergibt sich als Quotient aus den Eigenmitteln (Eigenkapital zuzüglich des nachrangigen Gesellschafterdarlehens, des Unterschiedsbetrages aus der Kapitalkonsolidierung und der Hälfte der Sonderposten abzüglich der Forderungen gegen Gesellschafter) und der um die Forderungen gegen Gesellschafter bereinigten Bilanzsumme.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie sonstige zinstragende Verbindlichkeiten abzüglich liquider Mittel und Wertpapiere des Umlaufvermögens ergeben die Nettogesamtverschuldung.

Das adjustierte EBITDA (Ergebnis vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen und Wertminderungen) wird aus dem in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zuzüglich Abschreibungen auf das Anlagevermögen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens zuzüglich Zinsen und ähnlicher Aufwendungen abzüglich Zinserträge ermittelt.

Der dynamische Verschuldungsgrad ergibt sich aus der Nettogesamtverschuldung dividiert durch das adjustierte EBITDA. Er gibt an, wie viele Jahre das adjustierte EBITDA (ohne Kreditneuaufnahmen) erwirtschaftet werden müsste, um eine Tilgung der Nettogesamtverschuldung zu erreichen.



2 WIRTSCHAFTSBERICHT

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Obwohl das weltweite Bruttoinlandsprodukt leicht anstieg, setzte sich die Schwächephase der Weltwirtschaft im Jahr 2013 in großen Teilen noch fort. Ausschlaggebend für die schwache Konjunktur war neben dem zaghaften Wirtschaftswachstum in vielen Schwellenländern und dem großen Ungleichgewicht in der globalen Ökonomie vor allem die anhaltende Verunsicherung durch die noch nicht überwundene europäische Schuldenkrise. Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen konnte sich die exportstarke deutsche Wirtschaft einmal mehr sehr gut behaupten. Deutschland erzielte 2013 nach Berechnungen des ifo Instituts mit Mio. EUR 200,0 den weltweit höchsten Exportüberschuss in der Leistungsbilanz. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm erneut zu. Das Wirtschaftswachstum lag nach Angaben des Statistischen Bundesamtes bei 0,4 %.

Zusammengefasst lässt sich resümieren: Deutschland trotzte der europäischen Krise. Auch im Arbeitsmarkt spiegelte sich die wirtschaftliche Gesundheit Deutschlands wider. Im siebten Jahr in Folge war ein Rekord bei der Zahl der Erwerbstätigen zu verzeichnen: 41,8 Millionen. Die Arbeitslosenquote ging entsprechend auf 5,2 % zurück. Damit erreichte sie nach 2012 erneut den niedrigsten jemals im vereinten Deutschland gemessenen Wert.

Diese positive Entwicklung war auch im Freistaat Sachsen und dabei besonders in Leipzig zu spüren. Das Bevölkerungs- und Geburtenwachstum setzte sich in der Stadt Leipzig ebenso fort wie ihr landes- und weltweiter Imagegewinn und ihre wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung mit den Leuchttürmen Automobilindustrie und Logistik.

Eine unsichere Rahmenbedingung, die den Konzern stark beeinflusst, aber hinsichtlich ihrer politischen Unklarheiten selbst schwer zu beeinflussen ist, bleibt die Energiewende in Deutschland. Der weiterhin stark geförderte Ausbau der erneuerbaren Energien durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), eine konjunkturbedingt schwache Stromnachfrage in fast allen Euroländern sowie massive Überkapazitäten haben zu weiter fallenden Strompreisen geführt.

Gesetzlich motivierte Eingriffe mit immer geringeren Freiheitsgraden für die Unternehmen nehmen innerhalb der Energiepolitik einen immer größeren Raum ein. Auf den Umgang mit gesetzlich und regulatorisch bedingten Einflüssen haben sich insbesondere die Netzbetreiber einstellen müssen; nunmehr gewinnen aber auch im Energiehandel europäische und deutsche Richtlinien, wie die European Market Infrastructure Regulation (EMIR), die Regulation on wholesale Energy Market Integrity and Transparency (REMIT) und die Markets in Financial Instruments Directive (MiFID), an Bedeutung.

Mit den im Sommer 2013 verabschiedeten Novellierungen der das Geschäft Netze betreffenden Strom- und Gasnetzentgelt- sowie der Anreizregulierungs- und der Stromnetzzugangsverordnung wurden wesentliche gesetzliche Rahmenbedingungen umfangreich angepasst. Teilweise ist damit eine erhöhte Rechtssicherheit geschaffen worden, andererseits hat der Gesetzgeber auch Umsetzungsfragen aufgeworfen.

In Polen beeinflusst das Handeln der nationalen Regulierungsbehörde Urząd Regulacji Energetyki (URE) insbesondere den für die Gdańskie Przedsiębiorstwo Energetyki Ciepłej Sp. z o.o., Gdańsk/Polen (GPEC) bedeutenden Fernwärmemarkt. Die seit April 2013 zur Anwendung kommenden URE-Vorschriften gelten für die nach diesem Zeitpunkt genehmigten Tarife in den Jahren 2013 bis 2015.



Weniger umfassend und tief greifend war der Modernisierungsprozess, in dem sich die deutsche Wasserwirtschaft befand. Es gilt aber auch für die KWL, bei bezahlbaren Entgelten die hohen Standards zu erhalten und weiterzuentwickeln. Wesentliche Herausforderungen der Branche bleiben die demografische Entwicklung, der Klimawandel, die Energiewende und die Diskussion um weiter gehende Anforderungen an die Abwasserbehandlung. Als lokale Besonderheit ist der nach wie vor im bundesdeutschen Vergleich niedrige spezifische Wasserverbrauch im Versorgungsgebiet der KWL zu nennen.

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich im Verkehrsbereich gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich verändert. Die nach wie vor begrenzt abrufbaren Fördermittel für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sowie der hohe Investitionsbedarf waren nicht nur im Jahr 2013 herausfordernd, sondern sind es auch in der Zukunft. Die zunehmende Regulierung – insbesondere des EU-Gesetzgebers – war ebenfalls für die LVB rahmensetzend.

2.2 Geschäftsverlauf

Die Geschäftsentwicklung des LVV-Konzerns war im Geschäftsjahr 2013 insbesondere durch folgende Sachverhalte geprägt:

Nachdem im Vorjahr im Wesentlichen durch die vorsorgliche Bildung einer Rückstellung infolge des erstinstanzlichen Urteils des Landgerichtes Leipzig vom 3. Juni 2013 im Rechtsstreit der KWL gegen die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) ein Konzernjahresfehlbetrag von Mio. EUR 60,7 ausgewiesen wurde, konnte im Geschäftsjahr 2013 aufgrund der positiven Entwicklung der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen ein Konzernjahresergebnis von Mio. EUR –3,5 erzielt werden. Trotz einer Reihe von Sondereinflüssen liegt das erreichte Konzernergebnis damit sogar leicht über der in der Konzernwirtschaftsplanung für 2013 vorgegebenen Ergebniserwartung.

Zur Erreichung des Ergebnisses auf Planniveau galt es für die einzelnen Sparten des Konzerns unterschiedliche Herausforderungen zu meistern. Die Entwicklung im Bereich der Energieversorgung wurde vor allem durch die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die Preisentwicklung an den Märkten sowie insbesondere durch energiepolitische und regulatorische Bedingungen maßgeblich beeinflusst.

Im Vergleich zum Vorjahr erzeugte die Gas- und Dampfturbinenanlage Leipzig (GuD-Anlage) weniger Energie. Getrieben durch die Entwicklung der Marktpreise sanken die Stromerlöse im Vergleich zum Vorjahr. Auch die Fernwärmeerzeugung lag unter der des Vorjahres, da das Kraftwerk angesichts der gestiegenen Beschaffungspreise für Erdgas weniger thermische Energie erzeugte. Durch die Optimierung der Anlagenfahrweise sowie die Vermarktung am Terminmarkt konnte die negative Spread-Entwicklung aufgrund sich unterschiedlich entwickelnder Preisstrukturen in den Bereichen Strom und Gas gemindert werden.

Auf die Ergebnisentwicklung 2013 aus der Strom- und Dampfproduktion in den beiden Biomasseanlagen Bischofferode/Holungen und Wittenberg-Piesteritz wirkten sich im Vergleich zum Vorjahr vor allem die verbesserte Arbeitsverfügbarkeit, gesunkene Beschaffungskosten für den Einsatzstoff Holz sowie die geringeren Zinsen der Leasingfinanzierung positiv aus. Insbesondere aufgrund der gesunkenen Strompreiserwartung haben sich aber die Erwartungen bezüglich der zukünftigen Wirtschaftlichkeit der Kraftwerke außerhalb beziehungsweise nach Auslaufen der festen Einspeisevergütung nach dem EEG weiter verringert. Hierfür wurde Risikovorsorge in Form von erneuter Zuführung zu Rückstellungen getroffen.

Die im Zusammenhang mit der Regulierung bestehenden Einschränkungen des Energiehandels führten zu einem sinkenden Ergebnisbeitrag. Demgegenüber hatten die im Jahr 2012 neu verhandelten und verbesserten Konditionen für Energiebezugsverträge einen positiven Einfluss auf den Geschäftsverlauf.





Der Energievertrieb hatte auch im Jahr 2013 einen wesentlichen Anteil am Jahresergebnis. Der Endkundenmarkt, vor allem in den Bereichen Strom und Gas, war im aktuellen Geschäftsjahr wieder durch einen intensiven Wettbewerb gekennzeichnet. Dies führte zu weiter steigenden Wechselquoten, vornehmlich im Großkundensegment. Ergebnissteigernd wirkte sich insbesondere der witterungsbedingte Mehrabsatz im Wärmemarkt aus. Das Preisniveau lag im Bereich Fernwärme infolge der Heizölpreisentwicklung über dem des Vorjahres. Maßnahmen zur Kostensenkung und sinkende Einkaufspreise für Strom haben das Vertriebsergebnis positiv beeinflusst. Dem standen Struktur- und Prozesskosten aus der Neuausrichtung im Energievertrieb gegenüber.

Das Ergebnis der Energieversorgung in Pommern lag aufgrund der positiven Geschäftsentwicklung sowie der weiterhin erfolgreichen Umsetzung eines Kostenmanagementprogramms wiederum deutlich über dem Vorjahresniveau. Damit wurde mit großem Erfolg die Strategie zur Steigerung des Marktanteils bei dauerhafter Sicherstellung der Wärmelieferungen sowie des effizienten Kapitaleinsatzes umgesetzt. Der in den vergangenen Jahren zur Stabilisierung der Wärmelieferungen begonnene Ausbau des Fernwärmenetzes wurde fortgesetzt.

Im Bereich Netze konnte trotz umfangreicher Anforderungen aus der Anreizregulierung – insbesondere im ersten Jahr der zweiten Regulierungsperiode für Gas mit erheblich gesunkenem Effizienzwert – ein gleichfalls hoher Ergebnisbeitrag erzielt werden. Hier wirkte sich auch die Bildung der großen Netzgesellschaft positiv aus.

Bei den Abrechnungsdienstleistungen für den Energievertrieb und Netze war das Geschäftsjahr 2013 im Wesentlichen durch die Einführung einer neuen IT-Basisplattform für das Kundenmanagement geprägt. Durch die notwendige Inanspruchnahme von Fremdleistungen kam es zu erheblichen Mehraufwendungen, die nur teilweise durch andere Maßnahmen kompensiert werden konnten. Aufgrund nur geringer Zuwächse bei den abzurechnenden Zählern wurde des Weiteren der Rückzug aus dem Abrechnungsgeschäft für Drittkunden beschlossen. Die dafür notwendigen Abwicklungskosten sind unter anderem im außerordentlichen Aufwand erfasst.

Die Ergebnisentwicklung im Bereich der Wasserversorgung und Abwasserbehandlung ist wie in Vorjahren durch außerordentliche Effekte beeinflusst. So hat insbesondere die weitere Dotierung der Rückstellung für Prozesskosten im Zusammenhang mit den laufenden CDO-/CDS-Prozessen das Ergebnis aus der operativen Tätigkeit um Mio. EUR 13,8 gemindert. Aufgrund des Vorliegens der Voraussetzungen konnte die Zahlung der Konzessionsabgabe für die Durchführung der Wasserversorgung an die Stadt Leipzig und die Gemeinden des Zweckverbandes für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Leipzig-Land (ZV WALL) für das Geschäftsjahr 2012 nachgeholt werden.

Nach der Neuregelung der Verkehrsleistungsfinanzierung im Jahr 2009 entspricht der an die Rechtsentwicklung angepasste Verkehrsleistungsfinanzierungsvertrag (VLV) in seinen Grundzügen den bisherigen Regelungen unter Berücksichtigung EU-rechtlicher Vorgaben. Er läuft bis zum Jahr 2028 und sieht auf der Grundlage der im Geschäftsjahr 2013 vorgenommenen Fortschreibung (Zusatzfestlegung vom 19./20./23. Dezember 2013) Zahlungen an die LVB von Mio. EUR 45,0 für 2013 und 2014 vor. Für die Jahre ab 2015 wird anhand von Trennungsrechnungen und des sich für den Planungszeitraum ergebenden Finanzierungsbedarfs überprüft, ob die Begrenzung für das Jahr 2014 für die Folgejahre fortzuführen oder anzupassen ist.

Nachdem in der Wirtschaftsplanung der LVV für das Geschäftsjahr 2013 zum Zeitpunkt der Beschlussfassung aufgrund von Sondereffekten noch eine Unterdeckung in Bezug auf die konzerninterne Finanzierung der Verkehrsleistungen der LVB ausgewiesen war, konnte durch Umsetzung einer Reihe von Maßnahmen wie beispielsweise durch Verschiebung beziehungsweise Vereinbarung von Vorabgewinnabführungen die Finanzierung der Verkehrsleistungen auch für das Geschäftsjahr 2013 vollständig aus eigenen Mitteln des LVV-Konzerns sichergestellt werden.



Im Geschäftsjahr 2013 wurde der Regionalbusverkehr im Landkreis Leipzig neu geordnet. Die bisher von der LeoBus GmbH, Leipzig, erbrachten Busverkehrsleistungen im Landkreis Leipzig wurden an eine kreiseigene Busverkehrsgesellschaft vergeben, die die Bedienung der reinen Landkreislinien zum 15. Dezember 2013 aufnahm. Die zur Erbringung des Regionalverkehrs notwendigen Ressourcen, unter anderem der Betriebs- hof Zwenkau sowie die notwendigen Busse und Mitarbeiter, gingen zum 1. Januar 2014 auf die kreiseigene Busverkehrsgesellschaft über.

Nachdem der Stadt Leipzig im Rahmen einer Zweckvereinbarung die Aufgabenträgerschaft für gebietsüber- schreitende Busverkehrsleistungen übertragen worden ist, wurde die LVB mit Gesellschafterweisung vom 16. Dezember 2013 ergänzend zur bisherigen Betrauung mit Verkehrsleistungen in der Stadt Leipzig zusätz- lich mit der Erbringung von Verkehrsleistungen für gebietsüberschreitende Busverkehre zwischen der Stadt Leipzig und den Landkreisen Leipzig und Nordsachsen betraut. Für die Erbringung dieser Verkehre erhält die LVB jeweils jährlich zusätzlich einen Finanzierungsbetrag direkt von der Stadt Leipzig.

Der Fahrplanwechsel am 15. Dezember 2013 war maßgeblich geprägt durch die Stärkung des ÖPNV in der Region mit der Einführung des Mitteldeutschen S-Bahn-Netzes und der Eröffnung des Leipziger City-Tun- nels. Damit fährt die S-Bahn wieder auf den zwischenzeitlich wegen Umbaumaßnahmen gesperrten Stre- cken im Stadtgebiet von Leipzig. Demzufolge enden die mit dem Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig finanzierten Ersatzmaßnahmen der LVB.

Im neu errichteten Technischen Zentrum Heiterblick, als wesentlicher Bestandteil der genutzten Betriebs- höfe im Verkehrsbereich, wurde im April 2013 Richtfest gefeiert. Die schrittweise Inbetriebnahme der neuen Hauptwerkstatt mit dem etappenweisen Umzug aller Gewerke bei ununterbrochen weiterlaufen- dem Betrieb soll im Frühjahr 2014 erfolgen. Im Geschäftsjahr 2012 hatten Verzögerungen im Bauablauf den Zeitplan verschoben. Die darauf folgende Prognose der Gesamtkosten unter Bewertung der Risiken ergab eine Kostensteigerung von circa Mio. EUR 8,4 auf jetzt Mio. EUR 54,0. Um im Projektverlauf die Position der LVB gegenüber den Bauunternehmen und der Projektleitung zu stärken, wurde ein auf Großprojekte spe- zialisiertes Unternehmen für das Projektmanagement gebunden. Das Projekt blieb seither im angepassten Zeit- und Budgetrahmen.

Konzernübergreifend sollen nachhaltige, abrechenbare und ergebnisrelevante Kosteneinsparungen im Konzern von mindestens Mio. EUR 10,0 bis zum Jahr 2015 realisiert werden. Die Geschäftsführung der LVV hat daraufhin gemeinsam mit den Tochterunternehmen einen sachorientierten Prozess eingeleitet und das Konzernprojekt „LVV 2015“ aufgesetzt, das auch im Geschäftsjahr 2013 konsequent fortgeführt wurde.

Im Rahmen dieses Prozesses zur Erschließung von Synergien wurden im Geschäftsjahr 2013 in insgesamt elf Teilprojekten Konzepte für konkrete Maßnahmen mit nachhaltigen, ergebniswirksamen Einsparungen in Höhe von Mio. EUR 10,0 ab dem Jahr 2015 erarbeitet. Drei Viertel dieser Maßnahmen befinden sich bereits in Umsetzung. Die Unternehmen des LVV-Konzerns haben die Optimierungspotenziale bereits in ihren Wirtschaftsplanungen verarbeitet. Darüber hinaus haben sich die Geschäftsführer der LVV und der Beteili- gungsunternehmen verpflichtet, weitere ergebniswirksame Potenziale zu sondieren.

Auf der Grundlage eines wirksamen Projektcontrollings werden die Projektfortschritte dokumentiert, die erzielten Einsparungen nachgehalten und eine adäquate Steuerung ermöglicht. Insgesamt besteht damit ein hohes Maß an Verbindlichkeit für die Erreichung der Ziele.

Im Dezember 2013 wurde ein Beschäftigungssicherungstarifvertrag für die tarifliche Absicherung der Mitarbeiter in den Veränderungsprozessen auch über das Projekt „LVV 2015“ hinaus bis zum Jahr 2018 im LVV-Konzern abgeschlossen.



Mit dem Projekt „LVV 2015“ wurde ein umfassender Veränderungsprozess angestoßen, der von der Geschäftsführung der LVV konsequent fortgesetzt wird, um eine stetig positive wirtschaftliche Entwicklung im LVV-Konzern zu ermöglichen und dringend notwendige Investitionen zu realisieren. Die zielgerichtete Umsetzung und Verfolgung verlangt die volle Kraft und Aufmerksamkeit aller Beteiligten und kann in der konzernübergreifenden Zusammenarbeit Möglichkeiten für weitere Potenziale in der Zukunft schaffen.

2.3 Umsatzentwicklung

Trotz zunehmenden Wettbewerbs konnten die Unternehmen des LVV-Konzerns ihre Marktpositionen auch im Geschäftsjahr 2013 behaupten und festigen. Die Entwicklung der Umsatzerlöse im Konzern stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

Umsatzerlöse des LVV-Konzerns	2013	2012
	Mio. EUR	in Mio. EUR
Strom	2.839,7	3.426,9
Gas	193,8	372,2
Fernwärme	242,5	222,5
Wasserversorgung	70,0	58,4
Abwasserentsorgung	61,3	60,9
Personennahverkehr	95,9	92,8
Telekommunikation	0,0	18,4
Übrige	128,7	127,7
Summe	3.631,9	4.379,8

Die Entwicklung der Umsatzerlöse war auch im Geschäftsjahr 2013 insbesondere durch den Energiegroßhandel der SW Leipzig geprägt, auf den 73,8 % der Gesamtumsätze im Konzern entfallen. Gegenüber dem Vorjahr gingen die Umsatzerlöse im Energiegroßhandel jedoch um Mio. EUR 774,7 auf Mio. EUR 2.679,6 zurück. Hintergrund dieser Entwicklung sind einerseits gesunkene Preise, insbesondere im Strombereich. Andererseits resultierten aus dem regulierungsbedingten Rückgang im Terminhandel mit Energiebrokern geringere Handelsmengen. Insgesamt wurden im Bereich Energiegroßhandel Strom Umsätze von Mio. EUR 2.556,6 (Vj.: 3.141,5) erreicht. Die Umsatzerlöse im Energiegroßhandel Gas gingen um Mio. EUR 189,8 auf Mio. EUR 123,0 zurück.

Die Umsatzerlöse aus der Strom-, Gas- sowie Fernwärmeversorgung enthalten darüber hinaus auch Erlöse aus dem Energievertrieb, der neben dem Verkauf von Strom, Gas, Fernwärme und Energielösungen mittels standardisierter Produkte an Endverbraucher auch deutschlandweiter Anbieter von Strom und Gas für mittelständische Geschäftskunden ist.

Im Energievertrieb sind die Umsatzerlöse um insgesamt Mio. EUR 19,5 auf Mio. EUR 486,8 gestiegen. Während beim Energievertrieb Gas ein deutlicher Umsatzanstieg auf Mio. EUR 70,8 beziehungsweise 11,4 % erreicht werden konnte, ist beim Hauptumsatzträger Strom ein Erlösrückgang um 3,9 % auf Mio. EUR 273,4 zu verzeichnen. Die Entwicklung im Energievertrieb basiert überwiegend auf den positiven Wirkungen, die sich aus dem Ausbau des Gasgeschäftes mit Key-Account-Kunden ergaben. Dadurch konnten Verluste, die durch einen intensiven Wettbewerb im Endkundenmarkt zu verzeichnen waren, kompensiert werden.



Dem gegenüber konnten im Wärmemarkt die Umsatzerlöse für den Vertrieb von Fernwärme in Leipzig um Mio. EUR 12,0 auf Mio. EUR 142,6 gesteigert werden. Neben höheren Absatzmengen infolge der kälteren Witterung im Geschäftsjahr 2013 konnten des Weiteren Neuanschlüsse mit einer Leistung von 15,4 MW vertraglich gebunden werden.

Im Geschäft Pommern ergab sich für das Geschäftsjahr 2013 ebenfalls ein Anstieg des Umsatzes auf Mio. EUR 90,6 (+8,8 %), der im Wesentlichen aus dem Verkauf von Fernwärme resultiert. Hier ist die Entwicklung auf einen höheren Absatz infolge der kälteren Witterung und der Neuanschlüsse von Kunden sowie auf eine Anpassung der Preise zurückzuführen.

Die Umsatzerlöse im Bereich Wasserversorgung sind im Vergleich zum Vorjahr signifikant um 19,8 % auf Mio. EUR 70,0 angestiegen. Hier wirkten sich die Veränderung der Rückstellungen für Umsatzrisiken sowie der leicht gestiegene Trinkwasserabsatz aus.

Im Geschäftsjahr 2013 wurden 27,7 Mio. m³ Trinkwasser und damit etwa 0,3 Mio. m³ mehr als 2012 abgesetzt. Im Durchschnitt verbraucht ein Kunde im Versorgungsgebiet etwa 89,3 Liter Wasser pro Tag. Im Vergleich mit dem für das Jahr 2012 im Branchenbild der deutschen Wasserwirtschaft dargestellten bundesdeutschen Durchschnittswert von 121 Litern Wasser pro Tag und pro Person entspricht das Verbrauchsverhalten der Kunden im Versorgungsgebiet der KWL damit einem etwa um 26,0 % geringeren Durchschnittsverbrauch. Entsprechend nachteilig wirken demzufolge die Grundkosten zur Vorhaltung der Netzanlagen.

Auf die Entwicklung der Umsatzerlöse im Bereich der Abwasserbehandlung wirkte sich bei einem Anstieg der abgerechneten Schmutzwassermenge insbesondere die Veränderung der in Vorjahren gebildeten Rückstellungen für Umsatzrisiken erlöserhöhend aus. Der behandelte Trockenwetterabfluss (Schmutzwasser inklusive Fremdwasser) stieg infolge höherer Fremdwasserzuflüsse um 13,8 % auf 41,8 Mio. m³ (Vj.: 36,7 Mio. m³).

Die Umsatzerlöse aus Verkehrsleistungen im Personennahverkehr haben sich gegenüber dem Vorjahr weiter erhöht. Diese Entwicklung ist neben dem leichten Anstieg des Fahrgastaufkommens auch auf die ganzjährige Wirkung der Tarifierhöhung zum 1. August 2012 in ausgewählten Fahrausweissegmenten sowie auf die Einführung eines neuen Tarifmodells am 1. August 2013 zurückzuführen. Insgesamt wurden 142,2 Mio. Fahrgäste (Vj.: 139,1 Mio. Fahrgäste) im Linienverkehr mit Straßenbahnen und Omnibussen befördert.

Nach dem Verkauf der Anteile der perdata Gesellschaft für Informationsverarbeitung mbH, Leipzig, (perdata), zum 1. Januar 2012 sowie der HL komm Telekommunikations GmbH, Leipzig, (HL komm), mit Wirkung zum 1. September 2012 und der im Vorjahr vorgenommenen Entkonsolidierung der Gesellschaften werden keine Umsatzerlöse aus IT- und Telekommunikationsleistungen mehr erzielt.

In den übrigen Umsatzerlösen sind im Wesentlichen die Erlöse aus der Netznutzung Dritter im Netzgebiet Leipzig (Mio. EUR 71,2, Vj.: Mio. EUR 71,3) enthalten. Die kalkulierten Netznutzungsentgelte für Strom und Gas werden neben den festgelegten Effizienzwerten und Erlösobergrenzen auch durch die der Entgeltkalkulation zugrunde gelegten Durchleitungsmengen beeinflusst.



2.4 Ertragslage

Der LVV-Konzern weist für das Geschäftsjahr 2013 einen Konzernjahresfehlbetrag von Mio. EUR 3,5 nach Mio. EUR 60,7 im Vorjahr aus. Das Konzernergebnis ist damit um Mio. EUR 0,4 besser als in der Wirtschaftsplanung für 2013 prognostiziert.

Während das Konzernergebnis des Vorjahres wesentlich durch außerordentliche Effekte geprägt war, ist die Ertragslage des Geschäftsjahres 2013 überwiegend durch folgende Faktoren gekennzeichnet:

Dem vor allem durch geringere Handelsmengen im Energiegroßhandel bedingten Rückgang der Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2013 um Mio. EUR 747,9 auf Mio. EUR 3.631,9 stand ein überproportionaler Rückgang der Materialaufwendungen um Mio. EUR 769,7 auf Mio. EUR 3.152,1 gegenüber, was im Ergebnis zu einem Anstieg des Rohergebnisses um Mio. EUR 21,8 auf Mio. EUR 479,8 führte. Positiv wirkten sich insbesondere der preis- und witterungsbedingte Anstieg der Umsatzerlöse im Wärmemarkt bei gleichzeitig günstiger Beschaffung am Energiemarkt aus.

Aus dem Rohergebnis wurden unter Berücksichtigung gesunkener betrieblicher Erträge alle weiteren betrieblichen Aufwendungen gedeckt, sodass sich ein Betriebsergebnis aus der operativen Tätigkeit des Konzerns von Mio. EUR 60,9 für das Geschäftsjahr 2013 ergab. Dass das Betriebsergebnis gegenüber dem Vorjahr um Mio. EUR 12,9 beziehungsweise 17,4 % zurückging, ist bei gesunkenen Abschreibungen insbesondere auf höhere sonstige betriebliche Aufwendungen zurückzuführen.

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen steht insbesondere im Zusammenhang mit der weiteren Dotierung von Rückstellungen, insbesondere für drohende Verluste für die von der SW Leipzig betriebenen Biomassekraftwerke (Mio. EUR 9,4), für Prozesskosten im Rahmen der laufenden CDO-/CDS-Prozesse der KWL (Mio. EUR 13,8) sowie für Maßnahmen auf Grundlage des geschlossenen Beschäftigungssicherungstarifvertrages (Mio. EUR 3,0).

Das Beteiligungsergebnis des Konzerns konnte im Geschäftsjahr 2013 um Mio. EUR 3,4 auf Mio. EUR 4,4 verbessert werden. Neben niedrigeren Aufwendungen aus Verlustübernahmen und Abschreibungen auf Finanzanlagen ist im Beteiligungsergebnis aufgrund der Ergebnisverbesserung auch wieder eine Dividendenzahlung der VNG – Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft, Leipzig (VNG AG), von Mio. EUR 2,5 enthalten.

Das adjustierte EBITDA für das Geschäftsjahr 2013 liegt bei Mio. EUR 199,4 und damit Mio. EUR 9,0 über dem in der Wirtschaftsplanung für 2013 prognostizierten Wert. Dass das adjustierte EBITDA des Vorjahres um Mio. EUR 18,5 über dem des Geschäftsjahres 2013 liegt, ist im Wesentlichen auf einmalige Effekte aus den Veräußerungen der Anteile an der HL komm sowie der perdata im Vorjahr zurückzuführen.

Das Zinsergebnis als Saldo aus Zinserträgen und Zinsaufwendungen von Mio. EUR –48,2 spiegelt den hohen Kapitalbedarf der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen wider. Aufgrund des niedrigen Marktzinsniveaus, der planmäßigen und außerplanmäßigen Tilgung von Darlehen sowie geringerer Aufwendungen für die Verzinsung von Steuernachzahlungen hat sich das Zinsergebnis gegenüber dem Vorjahr um Mio. EUR 3,6 verbessert. Für das der LVV von der Stadt Leipzig gewährte Gesellschafterdarlehen entstanden im Geschäftsjahr 2013 Zinsaufwendungen von Mio. EUR 14,3. Diese werden durch Zahlungen der Stadt Leipzig gemäß § 2 des VLFV in Form einer Kapitaleinlage in gleicher Höhe ausgeglichen.

Im außerordentlichen Ergebnis wurden im Wesentlichen die Zinsaufwendungen des Geschäftsjahres 2013 für die im Vorjahr vorsorglich gebildete Rückstellung im Rahmen des erstinstanzlichen Urteils des Landgerichtes Leipzig vom 3. Juni 2013 im Rechtsstreit der KWL gegen die LBBW erfasst.



Unter Berücksichtigung vorgenannter Ergebnisentwicklungen sowie des Steueraufwandes, der die geleisteten Steuervorauszahlungen und Zuführungen zu den Steuerrückstellungen für das Geschäftsjahr 2013 sowie voraussichtliche Mehrbelastungen aus laufenden steuerlichen Außenprüfungen für Vorjahre enthält, ergibt sich für das Geschäftsjahr 2013 ein Konzernjahresfehlbetrag von Mio. EUR 3,5. Nach Verrechnung der anderen Gesellschaftern zuzurechnenden Ergebnisse, des hohen aus Vorjahren übernommenen Konzernverlustvortrages sowie der Entnahme aus der Kapitalrücklage verbleibt ein Konzernbilanzverlust von Mio. EUR 165,5.

2.5 Finanzlage

Die Veränderung des Finanzmittelbestandes sowie die dafür ursächlichen Mittelverwendungen werden anhand der in der Anlage beigefügten Kapitalflussrechnung aufgezeigt.

Der Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit des Konzerns liegt für das Geschäftsjahr 2013 bei Mio. EUR 113,6 und damit um Mio. EUR 23,0 über dem Vorjahreswert. Bei einer Verbesserung des Konzernjahresergebnisses wird diese Entwicklung vor allem durch die stichtagsbedingte höhere Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen im Energiebereich sowie der sonstigen Vermögensgegenstände infolge der Einführung des Reverse-Charge-Verfahrens beeinflusst. Darüber hinaus ist die Entwicklung durch einen Anstieg nicht unmittelbar zahlungswirksamer Rückstellungen gekennzeichnet. Dem steht in weitaus geringerem Umfang eine Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen – vorrangig durch die Entwicklung im Energiegroßhandel – gegenüber.

Die Mittelabflüsse aus der Investitionstätigkeit des Konzerns, aus der Tilgung von Darlehen sowie aus vorgenommenen Ausschüttungen an die außerhalb des Konzernkreises stehenden Gesellschafter konnten vollständig aus dem Cash Flow der laufenden Geschäftstätigkeit, durch die Aufnahme von Darlehen sowie durch Einlagen der Stadt Leipzig gedeckt werden. Die darüber hinaus zur Verfügung stehenden Mittel haben den Finanzmittelbestand um Mio. EUR 50,0 erhöht.

Die Liquidität des Konzerns war jederzeit sichergestellt.

Das niedrige Zinsumfeld und die Präferenz für solvente Kreditnehmer waren gute Rahmenbedingungen für die Refinanzierung des LVV-Konzerns. Die gute Bonität der LVV spiegelt sich auch in der Einschätzung der Creditreform wider, von der die Gesellschaft mit einem guten Bonitätsindex bewertet wird. Ähnlich positiv ist die Einschätzung der Kreditwürdigkeit bei den Finanzierungspartnern des Konzerns. Die seit einigen Jahren konsequent bei der LVV gebündelte Konzernfinanzierung platzierte in diesem Umfeld Fremdkapital mit Laufzeiten von bis zu 20 Jahren zu attraktiven Konditionen über verschiedene Instrumente, wie zum Beispiel Schuldscheindarlehen oder einen Konsortialkredit. So konnte bereits im Geschäftsjahr 2013 durch eine frühzeitige Aufnahme von Mitteln und vorfristige Rückführung im Folgejahr auslaufender Darlehen einer Fristenkonzentration entgegengewirkt werden. Im Geschäftsjahr 2013 gelang es nochmals, die Nettogesamtverschuldung des Konzerns weiter zu senken und so die Finanzkraft zu stärken.

Um die Kreditwürdigkeit und damit die Finanzierungsfähigkeit dauerhaft zu sichern, wurde für die dynamische Verschuldung ein Faktor von 4,5 als Obergrenze vereinbart und für die Eigenmittel eine Quote von 25,0 % der bereinigten Bilanzsumme bestimmt. Beide Grenzen wurden im Geschäftsjahr 2013 eingehalten.





2.6 Vermögenslage

Die Entwicklung der Vermögensstruktur des Konzerns ist im Vergleich zum Vorjahr durch einen Anstieg der Bilanzsumme um Mio. EUR 14,3 beziehungsweise 0,6 % gekennzeichnet. Auf der Aktivseite ist diese Entwicklung durch einen Anstieg des Anlagevermögens um Mio. EUR 19,1 sowie der flüssigen Mittel um Mio. EUR 50,0 geprägt, dem ein Rückgang der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um Mio. EUR 46,6 sowie der Vorräte um Mio. EUR 7,2 gegenübersteht.

Der LVV-Konzern weist eine sehr hohe Anlagenintensität auf. So entfallen 84,4 % (Vj.: 84,1 %) der Bilanzsumme von Mio. EUR 2.477,9 auf das Anlagevermögen, das durch Eigenmittel, Investitionszuschüsse und Darlehen finanziert ist (davon mittel- und langfristige Finanzierung: 83,1 %, Vj.: 89,8 %). Dass sich die Buchwerte gegenüber dem Vorjahr um Mio. EUR 19,1 beziehungsweise 0,9 % erhöhten, ist darauf zurückzuführen, dass im Geschäftsjahr 2013 die Investitionen des Konzerns die Summe der Abschreibungen überstiegen.

Die Schwerpunkte der Investitionstätigkeit im Konzern lagen auch im Geschäftsjahr 2013 im Ausbau der Versorgungs- und Verkehrsanlagen. Im Bereich der Energieversorgung wurden im Wesentlichen Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen für das Anlagentuning der GuD-Anlage, ins Stromnetz sowie in Fernwärmanlagen vorgenommen. Bei den polnischen Tochtergesellschaften wurde hauptsächlich in die Erneuerung und den Ausbau der Wärmenetze investiert.

Im Bereich der Wasserversorgung und Abwasserbehandlung wurden Investitionen in das Trink- und Abwassernetz im Gebiet der Stadt Leipzig und der Kommunen des ZV WALL getätigt, mit dem Ziel, die Ver- und Entsorgungssicherheit kontinuierlich auf hohem Niveau und in konstanter Qualität zu gewährleisten. Darüber hinaus wurde in Wasserwerke und Fassungsanlagen sowie zur Erweiterung der vorhandenen Behandlungskapazitäten in Klärwerke investiert.

Die Anschaffung von Omnibussen, Baumaßnahmen an Gleisanlagen, Streckenausrüstungen und Sicherungsanlagen sowie die Errichtung des Technischen Zentrum Heiterblick standen im Fokus der Investitionstätigkeit im Verkehrsbereich. Zur anteiligen Finanzierung der Investitionen standen Fördermittel zur Verfügung.

Der Rückgang der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände ist auf einen geringeren Umfang des Energiehandels sowie auf geringere Forderungen gegen das Finanzamt aus Vorsteuern mit Einführung des Reverse-Charge-Verfahrens zurückzuführen. Darüber hinaus wirken sich Zahlungen der Stadt Leipzig auf bisher ausgewiesene Forderungen im Rahmen des VLFV für Vorjahre aus.

Auf der Passivseite ist die Entwicklung der Bilanzstruktur hauptsächlich durch einen Anstieg des Konzern-eigenkapitals, der Rückstellungen sowie der Verbindlichkeiten, insbesondere gegenüber Kreditinstituten, beeinflusst.

Das Eigenkapital des Konzerns (Konzerneigenkapital einschließlich Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung) erhöhte sich durch Einlagen der Stadt Leipzig (Mio. EUR 14,3). Zur Veränderung des Eigenkapitals trugen darüber hinaus unter anderem der Konzernjahresfehlbetrag (Mio. EUR 3,5), Entnahmen aus der Kapitalrücklage (Mio. EUR 1,6), die Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnungen (Mio. EUR -1,2) sowie die konsolidierungsbedingten Veränderungen des Ausgleichspostens für Anteile anderer Gesellschafter und des Unterschiedsbetrages aus der Kapitalkonsolidierung bei. Durch diese Veränderungen hat sich das Verhältnis des Eigenkapitals zur gestiegenen Bilanzsumme auf 9,0 % verbessert (Vj.: 8,8 %). Unter Berücksichtigung des Gesellschafterdarlehens, für das die Stadt Leipzig einen Rangrücktritt erklärt hat, beträgt die Eigenkapitalquote im Konzern 18,6 % (Vj.: 18,5 %).



Die Abnahme der Sonderposten ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die planmäßigen ertragswirksamen Auflösungen die Zugänge des Geschäftsjahres übersteigen.

Der Rückstellungsanstieg ist insbesondere auf die weitere Zuführung zu Rückstellungen für drohende Verluste für die von der SW Leipzig betriebenen Biomassekraftwerke, die weitere Dotierung von Rückstellungen für Prozesskosten im Zusammenhang mit den CDO-/CDS-Transaktionen der KWL sowie höhere Rückstellungen für ausstehende Rechnungen zurückzuführen. Für Maßnahmen im Rahmen des Beschäftigungssicherungstarifvertrages wurden erstmals Rückstellungen gebildet.

Die Verbindlichkeiten des Konzerns sind gegenüber dem Vorjahr um Mio. EUR 11,9 gestiegen. Einem stichtagsbedingten Rückgang der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Mio. EUR 25,7), hauptsächlich im Zusammenhang mit dem Energiegroßhandel, steht ein Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Mio. EUR 35,7) gegenüber. Die Veränderung ist auf Darlehensaufnahmen (Mio. EUR 263,3), Zinsabgrenzungen und Währungsdifferenzen (im Saldo Mio. EUR 1,0) sowie planmäßige und außerplanmäßige Tilgungen (Mio. EUR 228,7) zurückzuführen. Aufgrund der höheren Liquidität infolge der guten wirtschaftlichen Entwicklung der operativ tätigen Gesellschaften konnte die Nettogesamtverschuldung um Mio. EUR 14,8 auf Mio. EUR 561,8 gesenkt werden.

Die Prämienzahlungen aus den CDO-Transaktionen werden unverändert als Verbindlichkeiten (Mio. EUR 36,0) ausgewiesen. Rückstellungen für das potenzielle Gesamtrisiko aus diesen CDO-Transaktionen wurden, mit Ausnahme der im Zusammenhang mit dem am 3. Juni 2013 ergangenen erstinstanzlichen Urteil des Landgerichts Leipzig vorsorglich gebildeten Rückstellung von Mio. EUR 81,2 (einschließlich Zinsen), wie im Vorjahr nicht gebildet, da die KWL und die LVV nach wie vor von der Nichtigkeit und/oder Unwirksamkeit und/oder Nichtvollstreckbarkeit und/oder Nichtdurchführbarkeit der betreffenden Verträge sowie von einer erfolgreichen Abwehr sämtlicher potenzieller Forderungen auf juristischem Wege ausgehen. Das gilt auch in Ansehung des am 3. Juni 2013 ergangenen erstinstanzlichen Urteils des Landgerichtes Leipzig.

2.7 Mitarbeiter und Beschäftigtenpolitik

Im Geschäftsjahr 2013 waren im LVV-Konzern durchschnittlich 2.249 Gehalts- und 2.548 Lohnempfänger beschäftigt. Die Anzahl der Mitarbeiter liegt damit – nahezu unverändert – auf Vorjahresniveau.

Im Zuge der Weiterentwicklung der LVV zur Managementholding wurde die Steuerungsfunktion „Personalstrategie“ im April 2013 installiert, welche Personalarbeit im LVV-Konzern auf das Wesentliche konzentriert und mit zielgerichtetem Personalcontrolling steuert.

Der Bereich hat mit der Erarbeitung einer konzernweiten Human Resource (HR)-Strategie begonnen. Ziel ist es, personalbezogene Handlungsfelder für die Zukunft abzuleiten und deren systematische Umsetzung zu steuern und damit die strategischen sowie unternehmerischen Ziele des Konzerns zu unterstützen. Dabei werden operative HR-Themen in den strategischen Kontext gesetzt. Zur optimalen Umsetzung der Geschäftsziele des LVV-Konzerns wird regelmäßig geprüft, welche personalbezogenen Funktionen und Aufgaben für den LVV-Konzern gebündelt werden und welche bewusst dezentral in den Beteiligungsunternehmen verbleiben.

Bereits im Geschäftsjahr 2013 wurden erste strategiekonforme Maßnahmen im Konzern umgesetzt. Dazu gehörten die Etablierung eines „konzernweiten Arbeitsmarktes“ und die Umsetzung eines konzernweiten Entwicklungsprogrammes für künftige Bereichsleiter der Beteiligungsunternehmen und künftige Geschäftsführer von Enkelunternehmen. Zudem wurde die konzernweite Steuerung von Hochschulkontakten auf den Weg gebracht.





Ausgehend vom Projekt „LVV 2015“ hatten sich Managementteam und Vertreter der Betriebsräte bereits im Mai 2012 darauf verständigt, den Beschäftigten des Konzerns Sicherheit im Wandel zu geben und einen Tarifvertrag abzuschließen. Im Ergebnis wurde im Dezember 2013 ein Beschäftigungssicherungstarifvertrag zwischen den Unternehmen des LVV-Konzerns und ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, vertreten durch den Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, Bezirk Leipzig abgeschlossen, der bis 31. Dezember 2018 für alle Maßnahmen mit personellen Auswirkungen im Konzern gilt. Wesentliche Inhalte sind der Ausschluss von betriebsbedingten Beendigungskündigungen bis Ende 2018 sowie der Ausschluss betriebsbedingter Änderungskündigungen bis Ende 2015. Des Weiteren hat man sich auf eine Altersregelung verständigt, welche Arbeitnehmern bis Jahrgang 1954 die Möglichkeit gibt, bereits mit 63 Jahren aus dem Erwerbsleben auszuscheiden. Zudem besteht für Arbeitnehmer, die zwischen 1955 und 1959 geboren sind, die Möglichkeit einer Inanspruchnahme von Teilzeit aus betriebsbedingtem Anlass. Auszubildende, welche seit 2011 ihre Ausbildung begonnen haben, werden für zwölf Monate in ein befristetes Arbeitsverhältnis übernommen und erhalten bei entsprechender Bewährung im Anschluss daran eine unbefristete Beschäftigung. Für Mitarbeiter, deren Tarifbedingungen sich betriebsbedingt verschlechtern, wurde ein Besitzstand vereinbart.

In der Zusammensetzung der Geschäftsführung der LVV ergaben sich folgende Veränderungen:

Der Aufsichtsrat der LVV hat in seiner Sitzung am 10. Februar 2014 Herrn Dr. Norbert Menke zum neuen Geschäftsführer und Sprecher der Geschäftsführung der LVV bestellt. Er trat am 1. April 2014 die Nachfolge von Herrn Josef Rahmen an, der nach sechs Jahren an der LVV-Spitze in den Ruhestand ging. Zudem wurde Herr Volkmar Müller in derselben Sitzung des Aufsichtsrates erneut als kaufmännischer Geschäftsführer bestellt. Damit steht das Führungsduo der LVV-Geschäftsführung für die nächsten fünf Jahre fest. Darüber hinaus wurde Herrn Volkmar Müller die Funktion des Arbeitsdirektors mit Wirkung zum 1. April 2014 übertragen.

3 NACHTRAGSBERICHT

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres, die nicht bereits im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2013 sowie im Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2013 Erwähnung fanden, sind nicht zu verzeichnen.

In der Sitzung am 11. Dezember 2013 hat die Ratsversammlung der Stadt Leipzig den „Leipziger Corporate Governance Kodex“ beschlossen, der die Grundsätze und Standards der Unternehmenssteuerung und der Unternehmensführung für kommunale Unternehmen regelt. Mit Gesellschafterbeschluss vom 4. Februar 2014 wurde die Geschäftsführung der LVV beauftragt, erste Teile des Kodex umzusetzen. Der Fokus lag dabei insbesondere auf der Veröffentlichung der Vergütungen der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates im Rahmen der Aufstellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2013. In Umsetzung dieses Gesellschafterbeschlusses wurden auch entsprechende Beschlüsse in den Gesellschafterversammlungen der Beteiligungsunternehmen gefasst. An der weiteren Umsetzung des Kodex wird durch die Unternehmen im LVV-Konzern im Geschäftsjahr 2014 zielgerichtet gearbeitet.



4 RISIKO-, CHANCEN-, PROGNOSEBERICHT

4.1 Risikobericht

4.1.1 Risikomanagementsystem

Die LVV betreibt ein konzernweites Risikomanagementsystem, in dem regelmäßig wesentliche Risiken der LVV und ihrer Tochtergesellschaften erfasst, bewertet und an die Geschäftsführung sowie den Aufsichtsrat der LVV berichtet werden. Es zielt darauf ab, die Geschäftsführung in die Lage zu versetzen, Risiken, die den Fortbestand oder das wirtschaftliche Ergebnis des LVV-Konzerns gefährden können, zu identifizieren und effektiv zu steuern.

Das Risikomanagement ist als kontinuierlicher Vorgang in die geschäftlichen Abläufe des Konzerns integriert und besteht aus einer Vielzahl von Bausteinen, die in die Aufbau- und Ablauforganisation des LVV-Konzerns eingebettet sind. Die direkte Verantwortung zur Früherkennung, Analyse, Steuerung und Kommunikation liegt für Risiken der LVV bei der Geschäftsführung der LVV, für Risiken der Tochtergesellschaften bei der jeweiligen Geschäftsführung der Beteiligung. Zum rechtzeitigen Erkennen, Einschätzen und gegebenenfalls Einleiten von Gegenmaßnahmen stützen sich die Geschäftsführungen in ihren Entscheidungen sowohl auf eine umfassende Beratung durch eigene kompetente Fachkräfte als auch in Einzelfällen auf externes Beraterwissen.

Im Rahmen des bestehenden Risikomanagements sind nach Art und Umfang potenziell bestandsgefährdende Risiken identifiziert, analysiert sowie bewertet und in Form eines Risikoportfolios inventarisiert. Den relevanten Risiken sind Frühwarnindikatoren, Eintrittswahrscheinlichkeiten, potenzielle Schadenshöhen und Schwellenwerte zugeordnet. Im hierauf aufbauenden Reporting werden kontinuierlich Veränderungen von Einzelrisiken des Risikoinventars der LVV und von wesentlichen Risiken der Tochtergesellschaften in aggregierter Form erfasst, bewertet und berichtet. Darüber hinaus existiert konzernweit ein Ad-hoc-Meldesystem auf Basis festgelegter Schwellenwerte, das ein frühzeitiges Erkennen von Veränderungen im Risikoportfolio gewährleistet. Neu erkannte, nennenswerte Risiken werden umgehend berichtet und bei Bedarf nach entsprechender Bewertung und Festlegung von Frühwarnindikatoren und Gegenmaßnahmen dauerhaft in die Berichterstattung aufgenommen. Darüber hinaus wird das Risikoportfolio regelmäßig aktualisiert und überprüft. Über die für den Gesamtkonzern zusammengefassten Risiken wird quartalsweise in den Sitzungen des Aufsichtsrates der LVV in standardisierter Form berichtet.

Mit dem implementierten Risikomanagementsystem werden die Anforderungen entsprechend § 91 Abs. 2 Aktiengesetz erfüllt. Es ist geeignet, bestandsgefährdende Risiken beziehungsweise die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LVV beeinflussende Risiken frühzeitig zu erkennen, um diese effektiv zu steuern. Die Wirksamkeit des Risikofrüherkennungssystems wird entsprechend den gesetzlichen Anforderungen regelmäßig durch die interne Konzernrevision überprüft.

Im Energiegroßhandel der SW Leipzig ist zusätzlich ein eigenes Risikomanagement implementiert, um die spezifischen Markt- und wesentlichen Risiken des Geschäftes zu steuern. Hierbei folgt der Großhandel in Teilbereichen, in analoger Anwendung auf das Energiegeschäft, den aufbau- und ablauforganisatorischen Vorgaben, die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) in ihren Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) für deutsche Kreditinstitute definiert sind. Der Bereich verfügt über ein eigenes Risikomanagementhandbuch sowie weitere umfangreiche Organisationsanweisungen, in denen organisatorische Rahmenbedingungen und Verantwortlichkeiten festgelegt sind. Zusätzlich sind ein Risikoausschuss und ein Risikokomitee organisatorisch fest verankert.



Mögliche Risiken ergeben sich insbesondere aus der MiFID-Novellierung und der Regulierung des außerbörslichen Derivatehandels. Dazu zählen eine etwaige Aufsichtspflicht nach dem Kreditwesengesetz, die damit verbundene Eigenkapitalunterlegungspflicht gemäß Solvabilitätsverordnung, das verpflichtende Clearing bei Überschreitung des Schwellenwertes, die Vorhaltung hoher Liquiditätsreserven infolge des Clearings sowie eine daraus resultierende Anpassung bestehender Handels- und Beschaffungsstrategien.

Änderungen und Umsetzungsregelungen des EU-Rechts, der Steuergesetzgebung, der nationalen Gesetzgebung und aktuellen Rechtsprechung im Energie- und Verkehrsbereich, der sich verschärfende Wettbewerb, zunehmende Aktivitäten der Kartellbehörden, die Finanzkrise, der fortschreitende Klimawandel, die Wirtschaftskraft des Standortes Leipzig sowie demografische Veränderungen beeinflussen die wirtschaftliche Entwicklung der LVV und der Tochtergesellschaften erheblich. Dabei ist eine zunehmende Veränderungsgeschwindigkeit bei häufigerer Zielneubestimmung im wirtschaftlichen, rechtlichen und gesellschaftlichen Umfeld festzustellen. Der Beobachtung des rechtlich-politischen Umfeldes wird deshalb vom LVV-Konzern besondere Bedeutung beigemessen.

4.1.2 Finanzierungsrisiken

Liquiditätsrisiken: Die LVV als Cash-Pool-Führer steuert die Konzernliquidität über eine monatlich rollierende Liquiditätsplanung für die jeweils nächsten zwölf Monate, davon die ersten drei Monate taggenau. In diesen Prozess sind grundsätzlich alle deutschen Konzerngesellschaften einbezogen, welche in das Cash-Pool-Verfahren eingebunden sind. Sofern sich ein zukünftiger Liquiditätsbedarf ergibt, der über die Cash-Pool-Linien von Mio. EUR 89,0 hinausgeht, wird dieser durch die LVV am Kapitalmarkt eingedeckt.

Zum 31. Dezember 2013 verfügten die Unternehmen im LVV-Konzern über ausreichend kurzfristige Liquidität.

Langfristige Finanzierungsfähigkeit: Aus dem bestehenden Fälligkeitsprofil der im LVV-Konzern vorhandenen Darlehen resultiert für das Jahr 2014 eine Häufung des Bedarfs an Anschlussfinanzierungen. Dem wurde bereits durch den zum Jahresende erfolgten Abschluss des neuen Konsortialdarlehens in Höhe von Mio. EUR 255,0 entgegengewirkt. Mit diesem wurde ein Großteil des ursprünglichen Refinanzierungsbedarfs für das Jahr 2014 abgedeckt. Durch die Strukturierung in mehrere Tranchen mit unterschiedlichen Laufzeiten wird eine vergleichbare Fälligkeitskonzentration vermieden.

Aus einer möglichen Einschränkung der Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte insbesondere im Ergebnis der anhaltenden Probleme im Euroraum könnten sich bei Neukreditaufnahmen Risiken in Bezug auf Volumina, Konditionen und erzielbare Laufzeiten ergeben.

Bonitätsrisiko: Unternehmen des LVV-Konzerns haben mit dem Abschluss von unbesicherten mittel- und langfristigen Darlehensverträgen Financial Covenants (Finanzkennziffern) vereinbart, die vordefinierte Finanzrelationen wie Verschuldungsgrad, Zinsdeckungsgrad und Eigenmittelquote enthalten. Der Nachweis über die Einhaltung der Financial Covenants erfolgt auf Basis der Angaben des Konzernabschlusses der LVV. Die Einhaltung der Kennzahlen ist für den LVV-Konzern von großer Bedeutung, da anderenfalls die Kreditgeber von Kündigungsrechten Gebrauch machen können. Auf Basis der aktuellen Konzernwirtschaftsplanung für die Jahre 2014 bis 2018 wird die Einhaltung der Kennzahlen jedoch erwartet.

Auch in den Handelsverträgen des Energiegroßhandels (Verträge der European Federation of Energy Traders (EFET)) dient die Vereinbarung von Covenants der Absicherung der Geschäfte.



Zins-, Währungs- und Preisrisiken: Zur Begrenzung von Zins- und Währungsrisiken und zur Optimierung von Kreditkonditionen werden Zins- und Devisenderivate abgeschlossen. Die Absicherung gegen Preisrisiken aus dem Energiebereich erfolgt durch den Einsatz von Commodity-Derivaten in Form von Optionen, Forwards und Futures. Ihr Einsatz ist hinsichtlich Art, Umfang, Geschäftspartnern und weiteren Bedingungen durch das Handbuch Konzernfinanzierung und entsprechende Beschlüsse der LVV sowie entsprechende Geschäftsführungsbeschlüsse geregelt. Die Finanzinstrumente und Commodity-Derivate orientieren sich nach den Regeln der Konzernfinanzierung ausschließlich an den Grundgeschäften.

Ausfallrisiken bei den Finanzderivaten bestehen gegenüber den Kontrahenten in Höhe der positiven beizulegenden Zeitwerte. Gegen diese Risiken sichert sich der Konzern mittels Risikostreuung durch den Abschluss von Derivatgeschäften mit mehreren ausgewählten europäischen Finanzinstituten ab.

Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie das Risiko der langfristigen Finanzierungsfähigkeit auf Basis der Bonität bestehen bei der LVV zum jetzigen Zeitpunkt erkennbar nicht.

4.1.3 Steuerliche Risiken

Im Rahmen der steuerlichen Außenprüfung für die Jahre 2005 bis 2007 bei der LVV gehen die Betriebsprüfer davon aus, dass wegen Verstoßes gegen die Verbundvoraussetzungen für das Jahr 2007 eine verdeckte Gewinnausschüttung von Mio. EUR 11,2 anzusetzen sei. Das sich hieraus ergebende steuerliche Risiko wurde bereits im Rahmen der Berechnung der Steuerrückstellungen für das Geschäftsjahr 2012 berücksichtigt.

Die handelsrechtliche Pflichtrückstellung für Umsatzrisiken aus Kostenüberdeckungen im Bereich Wasser- und Abwasserentsorgung wurde laut Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) vom 28. November 2011 durch die Finanzverwaltung steuerlich nicht mehr anerkannt. Entgegen dem BMF-Schreiben hat der Bundesfinanzhof mit Urteil vom 6. Februar 2013 (I R 62/11) in einem Verfahren die grundsätzliche Pflicht zur Rückstellungsbildung bestätigt und das Verfahren an das Finanzgericht der ersten Instanz zurückverwiesen. Daraufhin hat das BMF mit Schreiben vom 22. November 2013 nach Abstimmung mit den obersten Finanzbehörden der Länder das BMF-Schreiben vom 28. November 2011 aufgehoben. Die Betriebsprüfer der KWL haben mit geändertem Prüfungsvermerk vom 28. Februar 2014 die Rückstellungen vollständig anerkannt. Die wegen der steuerlichen Nichtanerkennung der Rückstellung für die Jahre 2005 bis 2007 und für den Folgezeitraum 2008 bis 2011 gebildeten Rückstellungen konnten damit aufgelöst werden. Die voraussichtlichen Folgewirkungen für die Jahre 2012 und 2013 wurden im Rahmen von Hochrechnungen berücksichtigt.

Im Rahmen der steuerlichen Außenprüfung für die Jahre 2008 bis 2010 im Bereich Energieversorgung gehen die Betriebsprüfer davon aus, dass die in den Jahren 2009 und 2010 vorgenommenen außerplanmäßigen Abschreibungen auf die Biomasseanlagen Bischofferode/Holungen und Wittenberg-Piesteritz steuerlich nicht anzuerkennen seien. Daraus würden sich Mehrgewinne von circa Mio. EUR 20,5 ergeben. Obwohl die LVV hierzu eine andere Rechtsauffassung vertritt, wurden für die eventuell daraus resultierenden steuerlichen Folgen Rückstellungen gebildet.

Aufgrund neuerer Erkenntnisse zum Stand der jeweiligen steuerlichen Außenprüfungen und der voraussichtlich vorzunehmenden Folgeänderungen in den noch offenen Veranlagungszeiträumen ist für den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 eine erneute Hochrechnung der voraussichtlichen Nachzahlungen infolge von Außenprüfungen vorgenommen worden. Die sich hiernach ergebenden, bislang noch nicht erfassten Rückstellungsbeträge, aber auch Rückstellungsverminderungen für die Jahre 2005 bis 2012 wurden berücksichtigt. Damit sind alle derzeit erkennbaren steuerlichen Risiken im Jahresabschluss abgebildet.



4.1.4 CDO-/CDS-Transaktionen KWL

Aus den in den Jahren 2006 und 2007 mit verschiedenen Banken (UBS AG, LBBW, Depfa Bank plc.) geschlossenen CDO-Geschäften sollte die KWL gegenüber den Banken das Ausfallrisiko für Kreditportfolien übernehmen. Die KWL und ihre Gesellschafter, die LVV und der ZV WALL, gehen davon aus, dass diese CDO-Geschäfte nichtig beziehungsweise unwirksam und/oder nicht vollstreckbar und/oder nicht durchführbar sind. Hierzu sind Prozesse vor dem High Court of Justice gegen UBS AG, UBS Limited und UBS Global Asset Management (UK) Limited sowie gegen die Depfa Bank plc. in London anhängig. Weiter ist ein Verfahren gegen die LBBW vor dem Landgericht Leipzig anhängig, in welchem geklärt wird, ob der insoweit widerklagenden LBBW Zahlungsansprüche aus dem CDO-Geschäft zustehen. Ferner hat das Gericht über einen Antrag der LBBW vom 20. Dezember 2013 zu entscheiden, ob die KWL die Kosten der LBBW zu ersetzen haben, die in einer streitigen Auseinandersetzung mit der UBS AG beim High Court of Justice entstanden sind oder noch entstehen. Das Landgericht Leipzig hat am 3. Juni 2013 ein Teil-End- und Grundurteil gegen die KWL verkündet, mit welchem die Widerklage der LBBW dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt wurde. Die KWL hat gegen dieses Urteil Berufung beim Oberlandesgericht Dresden eingelegt. Ungeachtet dieses erstinstanzlichen Urteils gehen die KWL und die LVV weiter davon aus, dass die CDO-Transaktionen nichtig beziehungsweise unwirksam und/oder nicht vollstreckbar und/oder nicht durchführbar sind. Daran ändert auch die vorsorglich gebildete Rückstellung, von der die KWL durch die LVV freigestellt wurde, mit Blick auf die Entscheidung des Landgerichtes Leipzig nichts.

Die von den Banken gerichtlich geltend gemachten angeblichen Zahlungsansprüche belaufen sich auf Mio. EUR 76,0, Mio. USD 116,0 sowie Mio. USD 138,0. Umgerechnet zu aktuellen Währungskursen am 31. Dezember 2013 ergeben sich Mio. EUR 260,0 (Vj.: Mio. EUR 268,0), die weiteren Änderungen insbesondere aufgrund von Währungsschwankungen sowie gegebenenfalls Zinsen und anteiligen Prozesskosten unterliegen. Rückstellungen für das potenzielle Gesamtrisiko aus diesen CDO-Transaktionen wurden, mit Ausnahme der im Zusammenhang mit dem am 3. Juni 2013 ergangenen erstinstanzlichen Urteil des Landgerichtes Leipzig vorsorglich gebildeten Rückstellung, wie im Vorjahr nicht gebildet, da die KWL und die LVV nach wie vor von der Nichtigkeit und/oder Unwirksamkeit und/oder Nichtvollstreckbarkeit und/oder Nichtdurchführbarkeit der betreffenden Verträge sowie von einer erfolgreichen Abwehr sämtlicher potenzieller Forderungen auf juristischem Wege ausgehen. Das gilt auch in Ansehung des am 3. Juni 2013 ergangenen erstinstanzlichen Urteils des Landgerichtes Leipzig.

Die KWL weist die von der UBS gezahlten Prämien unverändert als Verbindlichkeit (Mio. EUR 36,0) aus, obwohl bis zum endgültigen Ausgang der Prozesse in allen Instanzen offen bleibt, ob die Gesellschaft diesen Betrag erstatten muss.

In der am 22. Oktober 2013 geschlossenen Freistellungsvereinbarung hat sich die LVV gegenüber der KWL verpflichtet, diese von den möglichen Belastungen im Rahmen des Rechtsstreits der KWL gegen die LBBW zu CDO-Transaktionen bis zur Höhe von Mio. EUR 95,0 freizustellen, soweit sie den Betrag von Mio. EUR 7,6 übersteigen.

Die KWL und die LVV sind durch die von der Ratsversammlung der Stadt Leipzig am 25. Februar 2010 beschlossene Kapitalausstattungsvereinbarung (KAV) zwischen der Stadt Leipzig und der LVV im Falle eines Unterliegens vor Gericht abgesichert. In der KAV verpflichtet sich die Stadt Leipzig gegenüber der LVV, diese auf Anfordern der LVV unter bestimmten Voraussetzungen binnen zwei Wochen mit bis zu Mio. EUR 290,0 Kapital auszustatten, maximal jedoch in Höhe der allein aus den CDO-Geschäften der KWL herrührenden Belastungen. Die Kapitalausstattung erfolgt nur dann, wenn die KWL aus den CDO-Geschäften in Anspruch genommen wird und sie diese Inanspruchnahme jeweils nicht aus eigenen Mitteln begleichen kann. Aus Gründen der Rechtssicherheit hat die Stadt Leipzig die KAV über die Bundesregierung bei der Europäischen Kommission vorsorglich angemeldet. Mit Schreiben der Europäischen Kommission vom 16. Juni 2011 hat



diese mitgeteilt, dass es sich bei der KAV um keine staatliche Beihilfe im Sinne von Artikel 107 Abs. 1 des Vertrages zur Arbeitsweise der Europäischen Union und Artikel 60 Abs. 1 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum handelt. Die KAV wurde daraufhin durch die Rechtsaufsichtsbehörde der Stadt Leipzig unter Auflagen und dem Vorbehalt des Widerrufs genehmigt. Hinsichtlich des Standes der Umsetzung der verfügbaren Auflagen ist die Stadt Leipzig gegenüber der Landesdirektion berichtspflichtig.

In Umsetzung der Auflagen hat die Stadt Leipzig als Gesellschafterin der LVV auf Grundlage des Beschlusses der Ratsversammlung der Stadt Leipzig vom 25. Januar 2012 Gesellschafterbeschlüsse gefasst. Diese beziehen sich hauptsächlich auf die Umsetzung des Konzeptes zur Weiterentwicklung der LVV als Managementholding, unter anderem zur Erzielung von ergebnisrelevanten nachhaltigen Kosteneinsparungen durch Synergien im LVV-Konzern, auf den strategischen Umgang und die Veräußerung von Geschäftsanteilen an Tochterunternehmen im Konzernverbund sowie die Analyse und Bewertung des im LVV-Konzern vorhandenen Anlagevermögens hinsichtlich der Betriebsnotwendigkeit. Zum Zweck der Risikovorsorge wären entsprechend den Auflagen der Landesdirektion bestimmte Beträge einer zweckgebundenen Geldanlage zuzuführen, soweit sie nicht für die Aufwendungen der LVV für die Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen aus dem VLFV oder für die vertragliche Tilgung von Darlehen eingesetzt werden.

Die KAV kann von jeder Partei unter Einhaltung einer Dreimonatsfrist gekündigt werden. Eine Kündigung ist jedoch nicht erfolgt. Aufgrund der Regelungen in den bestehenden Darlehensverträgen liegt ein wichtiger Kündigungsgrund für den jeweiligen Darlehensvertrag vor, wenn die KAV nicht in der vereinbarten beziehungsweise nicht in einer nachteilig veränderten Form während der Laufzeit des Darlehensvertrages Bestand hat, es sei denn bei ausdrücklicher Zustimmung der jeweiligen Bank.

4.1.5 Wandel-Memory-Swap KWL

Die KWL hat im Jahr 2008 einen sogenannten Wandel-Memory-Swap abgeschlossen. Er diente als Ersatz für einen anderen Swap der KWL, der zu diesem Zeitpunkt einen negativen Zeitwert aufwies. Im Zuge des Wechsels der KWL-Geschäftsführung im Jahr 2010 hat die KWL den Wandel-Memory-Swap umfänglich von unabhängigen Sachverständigen prüfen lassen. Die Untersuchung ergab, dass es sich dabei um ein hochspekulatives, derivatives Finanzinstrument handelt, welches für die KWL nicht kalkulierbare Risiken enthält und für den von der KWL avisierten Zweck einer Zinssicherung völlig ungeeignet ist. Da der Wandel-Memory-Swap der KWL bankseitig zur Verbesserung der Zinsstrategie empfohlen wurde, hat die KWL den Abschluss im Dezember 2010 wegen arglistiger Täuschung angefochten und (hilfsweise) Schadenersatzansprüche geltend gemacht. Die KWL reichte am 28. Dezember 2010 Klage gegen die Bank am Landgericht Stuttgart ein, in deren Zuge die Nichtigkeit des Vertrages festgestellt und die an die Bank gezahlten Beträge erstattet werden sollen. Zuvor war vergeblich versucht worden, eine vergleichsweise Lösung mit der Bank zu erzielen. Am 17. April 2012 hat eine mündliche Verhandlung vor dem Landgericht Stuttgart stattgefunden, in deren Folge das Gericht einen Beweisbeschluss zur Feststellung der Höhe des der KWL entstandenen Schadens (Einholung eines Sachverständigengutachtens) erlassen hat. Das Sachverständigengutachten steht bislang noch aus.

Der von der Bank ermittelte indikative Wert zum 31. Dezember 2013 lag bei Mio. EUR –20,0 (zuzüglich nicht gezahlter Zinsen nach Klageerhebung von Mio. EUR 27,2). Für die gerichtliche Auseinandersetzung bestehen nach Einschätzung der die KWL vertretenden Anwälte gute Erfolgchancen. Zur Abdeckung der Prozessrisiken besteht eine Rückstellung von Mio. EUR 6,6.





4.1.6 Cross-Border-Leasing-Transaktionen (CBL-Transaktionen)

Im Hinblick auf die abgeschlossenen CBL-Transaktionen der KWL und der LVB wird ein systematisches Vertragscontrolling durch die Gesellschaften und die Stadt Leipzig durchgeführt. Um mögliche Risiken jederzeit abschätzen zu können, waren im Geschäftsjahr 2013 neben internen Überwachungen auf vertraglicher Basis externe Dritte mit der Vertragsüberwachung sowie der rechtlichen Beratung beauftragt. Im Zuge der allgemeinen Finanzkrise wurde die kontinuierliche Prüfung der Verträge intensiviert. In diesem Zusammenhang finden zur Risikosteuerung und -minimierung regelmäßig Reportings statt. Darüber hinaus wird die Einhaltung einzelner Vertragsinhalte im Rahmen von Einzelfallprüfungen sichergestellt.

Zur Abdeckung der im Rahmen der Mietverträge vorgesehenen Zahlungen für die laufenden Mieten und Kaufoptionspreise wurden Teile der von den US-Investoren erhaltenen Mietvorauszahlungen in Deckungsgeschäften angelegt.

Im Rahmen der Trinkwassertransaktion im Jahr 2003 wurden von der Stadt Leipzig zwei Deckungsgeschäfte inklusive dazugehöriger Erfüllungsübernahmevereinbarungen vorgenommen. Dabei wurden Anleihen der MBIA Global Funding LLC (MBIA) und der General Electric Credit Corporation (GECC) erworben und an die Freshwater (2002) Ltd. veräußert, die die Zahlungen auf der Grundlage von Erfüllungsübernahmeverträgen an den Trust als Vermieter zu leisten hat, soweit sie Zahlungen aus diesen Anleihen erhält. Nach Herab- und Heraufstufung weist die MBIA derzeit ein Rating von B (Standard & Poor's), die GECC ein Rating von A1 (Moody's) aus. Es liegen in Würdigung der Transaktion keine akuten Ausfallrisiken vor. Grundsätzlich trägt die Stadt Leipzig das Ausfallrisiko dieser beiden Anleihen. Ein Risiko der KWL aus Freistellungsansprüchen der Stadt Leipzig ist jedoch nicht vollständig ausgeschlossen.

Bei der Klärwerktransaktion ist die Bank of America neben der Rolle als US-Investor auch gleichzeitig über die Tochtergesellschaften Merrill Lynch Derivative Products (MLDP) und Merrill Lynch Capital Services (MLCS) als Eigenmittelvorauszahlungsgeber eingebunden. Bisher hatte ein Downrating der Bank of America keine Auswirkungen auf das Rating der MLDP. Die Herabstufung der MLDP (Garantin des Vorauszahlungsinstruments) von AAA auf A+ am 5. August 2013 erfolgte laut Standard & Poor's (S&P) aufgrund der Veröffentlichung neuer Bewertungskriterien („Derivative Product Companies Rating Methodology and Assumptions“ vom 22. März 2013), denen zufolge das Rating einer Derivative-Products-Gesellschaft maximal zwei Notches über dem Rating der Sponsor-Bank liegen soll (aktuell liegt die Bank of America Corp. bei S&P bei A-). Bei Moody's liegt das Rating seit längerem unter Aa2.

Aufgrund der Ratingherabstufung verfügen weder MLCS noch der Garant über die nach den Bestimmungen der Transaktionsverträge erforderlichen Ratings. Die KWL ist daher ihrer vertraglichen Informations- und Anzeigepflicht nachgekommen und hat sowohl die Übernahmeerfüllungspartei als auch die Zahlungsübernahmebank veranlasst, die nach dem Vertragswerk geforderte Ersatzeigenkapitalabsicherung beizubringen. Die Bank of America als Investor hat daraufhin der KWL eine Verzichtvereinbarung („Waiver“) hinsichtlich der aktuell bestehenden vertraglichen Ersatz- und Heilungsverpflichtungen angeboten. Da die KWL an einem langfristigen Lösungsansatz interessiert ist, finden derzeit entsprechende Verhandlungen mit Merrill Lynch und dem Investor statt.

Die LBBW, die in der Klärwerkstransaktion als Avalbank fungiert und nach den Leasingverträgen ein entsprechendes Mindestrating aufweisen muss, weist seit Juni 2012 ein A3-Rating (Moody's) aus. Die vertraglich geforderte Ratinggrenze wurde damit unterschritten. Die Klärwerkstransaktion wurde jedoch in einem Zeitraum abgeschlossen, in dem jegliche Geschäfte mit Landesbanken von der unbeschränkten Gewährträgerhaftung (Grandfathering) profitieren. Das Aaa-Rating für die LBBW mit Gewährträgerhaftung wurde am 25. November 2011 durch Moody's bestätigt.



Die einzige noch bestehende CBL-Transaktion der LVB ist die mit der Skandinaviska Enskilda Banken AB Public Sweden als Leasinggeber und Depotbank für sieben Straßenbahnen. Auf der Grundlage der der LVB zum gegenwärtigen Zeitpunkt vorliegenden Informationen aus dem CBL-Vertragscontrolling ergeben sich für die LVB aus der Struktur der Transaktion und der übernommenen Verpflichtungen der beteiligten Vertragsparteien keine neuen Risiken und Haftungsverhältnisse.

Die KWL und die LVB sehen zum Berichtszeitpunkt kein akutes Ausfallrisiko in Bezug auf die CBL-Transaktionen.

4.1.7 Operative Risiken

Mögliche Ausfallrisiken ergeben sich im Konzern hauptsächlich aus Geschäften mit Endkunden und Handelspartnern sowie aus Finanzierungsgeschäften. Im Endkundengeschäft wird Ausfallrisiken mit einem wirkungsvollen Forderungsmanagement begegnet. Für einen Vertragsabschluss ist die Bonität der mittelständischen Geschäfts- beziehungsweise Großkunden, die laufend überwacht wird, Voraussetzung. Im Energiegroßhandel wird das Ausfallrisiko bei Handelspartnern durch kundenbezogene Limite begrenzt, wobei Bonität sowie Angemessenheit und aktuelle Auslastung der Limite ständig überwacht werden. Um die Kreditrisiken im außerbörslichen Handel zu begrenzen, werden vornehmlich standardisierte EFET-Verträge verwendet.

Im Energieversorgungsbereich werden darüber hinaus Risiken gesehen, die sich aus der Änderung der energiepolitischen und regulatorischen Rahmenbedingungen und dem sehr großen Wettbewerbsdruck ergeben.

Darüber hinaus unterliegen die Geschäfte einem Risiko aus der Marktpreisentwicklung. Hierbei müssen insbesondere die Beschaffungs-, Erzeugung- und Absatzmärkte betrachtet werden. Durch die Energiewende sind bereits jetzt zusätzliche Auswirkungen, beispielsweise auf die Energiepreise oder die Wettbewerbsentwicklung, erkennbar.

Der Wert der Portfolien im Eigenhandel und Portfoliomanagement ist einem Strom- und Gaspreisrisiko aus offenen Positionen ausgesetzt. Die Wärmeverträge sowie auch die bilateralen mittelfristigen Gasverträge haben ölpreisgebundene Preise, woraus ein Ölpreisrisiko resultiert. Zur täglichen Überwachung des Marktrisikos der offenen Positionen der einzelnen Portfolien werden unter anderem ein Value-at-Risk-Ansatz sowie verschiedene Szenariorechnungen und Stresstests verwendet.

Dem Risiko aus fallenden Spreads für konventionelle Erzeugungsanlagen konnte durch Optimierung des Anlageneinsatzes sowie der Vermarktung am Terminmarkt teilweise entgegengewirkt werden. Ferner wird im Projekt Anlagentuning durch Effizienzverbesserungsmaßnahmen und Flexibilitätssteigerungen die Wettbewerbsfähigkeit der GuD-Anlage erhöht.

Im Energievertrieb herrscht sowohl im Wärme- als auch im Strommarkt ein teils sehr aggressiver Wettbewerb, wobei versucht wird, mit Bonuszahlungen, intensiven Werbekampagnen und gezielten Akquisitionen auf Basis des Preis-, Qualitäts- und Umweltargumentes Kunden abzuwerben.

Regulatorische Risiken werden in den Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes, den Anreizregulierungs- und Netzentgeltverordnungen, den Festlegungen und Bescheiden der Landesregulierungsbehörde sowie der Bundesnetzagentur einschließlich der daraus resultierenden Absenkungspfade der Erlösobergrenzen für Netzentgelte gesehen.





Zu den definierten und überwachten Hauptrisiken der GPEC gehören Risiken hinsichtlich des Bezuges und der Lieferung von Wärme. Die mit dem Hauptgeschäft verbundenen Risiken werden durch langfristige Verträge und Investitionsprogramme minimiert.

Im Bereich der Wasserversorgung und Abwasserbehandlung ergeben sich Erlösrisiken aus noch nicht ausverhandelten Vereinbarungen zur Berechnung von Vorhaltekosten für die Bereitstellung von Löschwasser, daneben Forderungsausfallrisiken, Beschaffungsrisiken und technische Risiken aus dem Betrieb der Anlagen. Aufgrund der Betrachtungen des Asset Managements sowie der Ergebnisse von zustandsorientierten Auswertungen zum Kanalsanierungsbedarf ist kurz- bis mittelfristig mit einem höheren Investitionsbedarf zu rechnen. Begleitend entstehen Mehraufwendungen für zustandserhaltende Reparaturen. Die genaue Höhe und der zeitliche Verlauf, die Entwicklung der Bedarfe sowie die Auswirkungen auf die Entwicklung der mittel- und langfristigen Unternehmenskennzahlen werden gegenwärtig unter Anwendung eines Planungs- und Simulationstools untersucht. Die Ergebnisse bilden die Rahmenbedingungen für zukünftige Wirtschaftsplanungen.

Darüber hinaus werden im Verkehrsbereich Risiken unter anderem aus der Nichtwiedererteilung von Liniengenehmigungen, aus der Kürzung, Änderung oder Nichteinhaltung bestehender Finanzierungsverträge mit Aufgabenträgern und aus Kostenüberschreitungen bei Investitionen sowie deren Einfluss auf die Verschuldung genannt.

Zahlungen der LVV an die LVB im Rahmen des VLFV sowie Tilgungen auf das Gesellschafterdarlehen können auch künftig nur in dem Umfang geleistet werden, soweit entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen ausreichend eigene Mittel aus der Geschäftstätigkeit der LVV als Mutterunternehmen sowie aus weiteren Maßnahmen innerhalb des LVV-Konzerns zur Verfügung stehen.

Im Geschäftsjahr 2013 waren keine den Fortbestand des Konzerns oder der wichtigen Tochtergesellschaften gefährdende Risiken zu verzeichnen.

4.2 Chancenbericht

In den Folgejahren werden weitere Belastungen infolge der bisherigen Steuer- und sonstigen Bundes- und Landesgesetzgebung, einer veränderten Energiepolitik, verstärkter Regulierungsbestrebungen sowie aufgrund zu erwartender neuer Veränderungen anlässlich der Sparbemühungen des Bundes, der Länder und Kommunen in erheblichem Umfang erwartet.

Chancen für die weitere Entwicklung der Gesellschaft werden vor allem in der Vertiefung der Zusammenarbeit der Konzernunternehmen und der Optimierung der Konzernstruktur zur Erschließung von Synergie- und Effizienzpotenzialen, besonders im Rahmen des Projektes „LVV 2015“, gesehen. Darüber hinaus werden Maßnahmen zur Optimierung der Geschäftsprozesse in den Tochterunternehmen der LVV fortgesetzt. Die steuerliche Optimierung wird entsprechend der Rechtsentwicklung und den sich daraus ergebenden Möglichkeiten weitergeführt.

Für die weitere Geschäftsentwicklung des LVV-Konzerns bestehen im Energieversorgungsbereich neben den Preis- und Absatzmengenentwicklungen auch Chancen aus möglichen Anpassungen des gesetzlich-regulatorischen Umfelds. Darüber hinaus werden Chancen durch Erweiterung des Dienstleistungsangebotes sowie in der Erschließung von Prozess- und Leistungseffizienzen gesehen.



Nach der Heizperiode 2013/2014 wird mit dem Umbau der Regelung der GuD-Anlage die Modernisierungsmaßnahme im Frühjahr 2014 abgeschlossen. Mit schnellen Laständerungen kann die Anlage künftig zunehmende Schwankungen der Photovoltaik- und Windeinspeisungen besser ausgleichen. Weitere Chancen können sich bei der Vermarktung der Biomasse- und Windenergieanlagen über das Marktprämienmodell sowie bei einem steigenden Strom-Gas-CO₂-Spread in der Stromerzeugung ergeben.

Der Energiegroßhandel sieht Chancen in der Ausnutzung von Synergieeffekten, der Portfoliooptimierung, der Entwicklung neuer Märkte und dem Cross-Commodity-Ansatz bei Produkten. Auf Grundlage einer im Geschäftsjahr 2013 eingegangenen Kooperation werden gemeinsam innovative Energiekonzepte untersucht, um den Herausforderungen der Energiewende begegnen zu können. Insbesondere soll überschüssiger Strom mit möglichst hoher Effizienz in Wärme umgewandelt und gespeichert werden.

In der Energieversorgung Pommern können sich Chancen aus der Verbesserung von internen und gruppenübergreifenden Prozessen innerhalb der GPEC-Gruppe, der Erweiterung und Verbesserung des Servicegeschäftes sowie aus der Beteiligung an Kraftwerksprojekten in der Region Pommern ergeben.

Mit Inkrafttreten der Anreizregulierungsverordnung wurden im Netzbereich zunächst relativ stabile Rahmenbedingungen auf der Erlösseite geschaffen. Durch Bekanntgabe der Erlösobergrenzen für die fünfjährige Regulierungsperiode ist die Entwicklung der Umsatzerlöse aus der Netznutzung gut prognostizierbar. Entsprechend ist den Netzbetreibern der Erlösabsenkungspfad bekannt und gegensteuernde Maßnahmen sind mittel- und langfristig planbar.

In der Wasserver- und Abwasserentsorgung werden Chancen vor allem auf Grundlage der erwarteten Bevölkerungsentwicklung gesehen. Auf Basis der aktuell veröffentlichten Bevölkerungsprognose für die Stadt Leipzig kann in der Gesamtbetrachtung des Versorgungsgebietes mittelfristig von einer positiven demografischen Entwicklung ausgegangen werden. Damit verbunden ist ein Potenzial zur Steigerung des Trinkwasserabsatzes, welche sich auch positiv auf die Auslastung der technischen Anlagen, mit entsprechenden Effekten auf die Effizienz im Anlagenbetrieb, und auf die zukünftige Entwicklung der Trink- und Abwasserpreise auswirkt. Für die gegebenenfalls notwendige Anpassung einzelner Anlagenkomponenten infolge der Bevölkerungsentwicklung, wie beispielsweise die Anpassung der Kapazität des Klärwerkes Rosental an steigende Abwasserfrachten, werden entsprechende Konzepte und Strategien vorbereitet.

Auch im Verkehrsbereich wird aufgrund der prognostizierten demografischen Entwicklung eine positive Wirkung auf die Fahrgastzahlen in den Bahnen und Bussen erwartet. Die sich verändernden Mobilitätsbedürfnisse in Leipzig und der Umgebung bilden auch für den Verkehrsbereich den Anlass, verstärkt auf die Integration der verschiedenen Verkehrsträger im bestehenden Bediengebiet hinzuwirken.

Um künftig unter wachsendem Kostendruck hochwertige Verkehrsleistungen zu bezahlbaren Preisen anbieten zu können, wird der eingeschlagene Weg zur kontinuierlichen Optimierung der Strukturen und Prozesse weiterverfolgt. Durch die Erschließung aller erlös- und kostenseitigen Potenziale wird die Wirtschaftlichkeit erhöht, um mit dem im fortgeschriebenen VLFV festgelegten Finanzierungsbetrag von Mio. EUR 45,0 auch mittelfristig auszukommen und darüber hinaus den finanziellen Belastungen aus der investitionsbedingt steigenden Verschuldung Rechnung zu tragen.

Dabei wird der Anspruch verfolgt, zur Erreichung der städtischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zielsetzungen wesentlich beizutragen. Konkret bedeutet dies, die Weiterentwicklung energieeffizienter und ressourcenschonender Angebote im Kerngeschäft sowie den Ausbau der Elektromobilität voranzutreiben.





4.3 Prognosebericht

Die Ergebnisse der LVV sind insbesondere von der wirtschaftlichen Entwicklung der Unternehmen im LVV-Konzern abhängig. Gesetzliche Änderungen sowohl im Versorgungs- als auch im Verkehrsbereich werden im Geschäftsjahr 2014 und in den Folgejahren weitere Auswirkungen auf den LVV-Konzern haben. Die konzerninterne Finanzierung der Verkehrsleistungen und Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung und zur Verringerung der Verschuldung werden unverändert im Mittelpunkt der Tätigkeit stehen. Die LVV wird sich weiterhin auf die Erschließung von Synergien und Effizienzverbesserungen im Konzern fokussieren und auch in den Folgejahren an der Umsetzung der eingeleiteten Maßnahmen arbeiten. Für das Geschäftsjahr 2014 sowie mittelfristig werden positive Konzernergebnisse erwartet.

Unabdingbar für die nachhaltige Sicherung der Ertragskraft des Konzerns sind wertsteigernde Investitionen in bestehende Geschäftsfelder unter sorgsamer Abwägung aller Chancen und Risiken. Durch die Konzernsteuerung wird ein ausgewogener Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel sichergestellt, um die Unternehmens- und Vermögenswerte des LVV-Konzerns langfristig zu erhalten und auszubauen. Das Agieren des LVV-Konzerns orientiert sich dabei an den vorhandenen Ressourcen, den Branchenentwicklungen sowie den bestehenden und erwarteten gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Wesentliches Ziel für die Zukunft des LVV-Konzerns ist der Ausbau der sehr guten Wettbewerbsposition. Die Stärken der LVV und ihrer Tochterunternehmen liegen im Netz- und Endkundengeschäft. In diesen gilt es, die wirtschaftlichen Chancen, welche sich auch aus der wachsenden Prosperität der Stadt Leipzig ergeben, zu nutzen. Um die permanenten Herausforderungen erfolgreich anzugehen, den Kundennutzen weiter zu stärken und die eigenen Ziele im Wettbewerb umzusetzen, ist die unveränderte Fokussierung auf das Kerngeschäft geboten.

Das Ergebnis im Energieversorgungsbereich wird auch in den kommenden Jahren weiter unter Druck stehen. Belastet wird die Entwicklung der Geschäftsergebnisse durch die verschärfte Regulierung der Netznutzungsentgelte für das Strom- und Gasnetz sowie die marktbedingten Heizöl-, Holz- und Strompreisentwicklungen. Durch die Verschiebung beim Konzessionserwerb können ursprünglich geplante Erträge im Geschäftsjahr 2014 nicht realisiert werden. Positive Effekte sind hingegen unter anderem aus der Umsetzung des Effizienzprogramms im Geschäft Energievertrieb sowie im Rahmen der Wirkung der großen Netzgesellschaft zu erwarten.

Ziel ist es, dass die SW Leipzig auf Basis einer starken regionalen Positionierung weiterhin zu den bedeutenden unabhängigen kommunalen Energieversorgern und Energiedienstleistern gehören. Daher wird in den kommenden Jahren intensiv das strategische Ziel verfolgt, den Ausbau der regenerativen und konventionellen Erzeugungskapazitäten im Erzeugungsportfolio weiter voranzutreiben sowie mit einem wettbewerbsfähigen Energievertrieb die eigene Marktposition zu stärken. Außerdem sollen Investitionen vorrangig in Netze vorgenommen werden.

In der Erzeugung liegen für das Geschäftsjahr 2014 die Schwerpunkte auf dem Abschluss der Modernisierung der GuD-Anlage und deren Qualifizierung für eine KWK-Förderung sowie in der Umsetzung des Besicherungskonzeptes Fernwärme. Ferner wird mit dem weiteren Zubau von Heißwassererzeugern die Fernwärmeversorgung im Stadtgebiet für die Folgejahre abgesichert. Der Energiegroßhandel konzentriert sich im nächsten Jahr auf die Sicherung des Bestandsgeschäftes und die Realisierung von Chancen im Rahmen der europäischen Regulierung sowie der aktuellen Energiemarktpolitik.

Im Energievertrieb wird durch marktnahe Produktangebote und gezielte Vertriebsaktionen dem Wechselverhalten der Kunden entgegengewirkt. Um sich in einem Marktumfeld mit ähnlichen Produktangeboten,



verbunden mit einem sehr hohen Wettbewerbsdruck, abzuheben, setzt die SW Leipzig auf faire Preise und einen umfassenden Service. Hierzu gehört vor allem die weitere Stärkung der Präsenz im Stadtgebiet von Leipzig.

Die Umsatz- und Ergebnisprognose für das Geschäft Netze wird maßgeblich durch die Erlösvorgaben der Bundesnetzagentur für die zweite Regulierungsperiode im System der Anreizregulierung beeinflusst. Für die zweite Regulierungsperiode wurden die Effizienzwerte und die damit verbundenen Erlösobergrenzen nach einer erneuten Kostenüberprüfung bestimmt.

Der Fokus der Energieversorgung Pommern liegt vor allem auf der Effizienzsteigerung der operativen Prozesse, der Intensivierung des Wärmeabsatzes im bestehenden Markt und auf der Erschließung neuer Geschäftspotenziale.

Wesentliche Kenngröße für die energiewirtschaftlichen Umfeldbedingungen sind die Umsatzerlöse, die für das kommende Jahr eine rückläufige Tendenz aufzeigen. Der neuerliche Rückgang auch im Vergleich zum Geschäftsjahr 2013 liegt im Regulierungsumfeld des Energiegroßhandels begründet. Ziel ist es, ein handelsbedingtes Anwachsen der Umsatzerlöse zukünftig zu begrenzen. Vertriebsseitig können sich die Umsatzerlöse demgegenüber auf dem bestehenden Niveau verstetigen. Erreicht wird dies durch die Preispolitik im Leipziger Heimatmarkt sowie die gezielten Kundenbindungs- und Kundenrückgewinnungsmaßnahmen. Risiken ergeben sich demgegenüber aus einem volatilen gesetzlichen Umfeld, welches vor dem Hintergrund der Energiewende zusätzlich an Ungewissheit gewinnt.

Die SW Leipzig hat alle notwendigen Prozesse zur Gewährleistung von Integrität und Transparenz im Energiegroßhandelsmarkt gemäß REMIT und zur Einhaltung der Risikominderungstechniken nach EMIR implementiert. Die Anforderungen an die Marktintegrität (Verbot von Insiderhandel und Marktmanipulation) wurden umgesetzt. Zur Gewährleistung der im Februar 2014 startenden Datenmeldepflichtungen wurde bereits im Geschäftsjahr 2013 eine entsprechende Meldesoftware im Haus installiert und ein entsprechender Rahmenvertrag mit einem notwendigen Transaktionsregister abgeschlossen. Für die Datenmeldungen nach REMIT, die frühestens im zweiten Halbjahr 2014 als verpflichtend zu erwarten sind, werden nach Start der Datenmeldungen nach EMIR die organisatorischen und technischen Voraussetzungen geschaffen. Nach Vorliegen der Durchführungsrechtsakte erfolgt die Installation und Umsetzung der ablauforganisatorischen Prozesse zur Datenübermittlung an die europäische Energieregulierungsagentur ACER und an die Markttransparenzstelle für den Großhandel mit Strom und Gas.

Die Wasserwirtschaft in Deutschland ist von einem ständigen Modernisierungsprozess geprägt. In diesem besteht die Herausforderung, die vorhandenen hohen Standards zu erhalten und weiterzuentwickeln ohne dabei die angemessene Gestaltung der Entgelte für die Kunden aus den Augen zu verlieren. Wesentliche Herausforderungen der Branche sind die demografische Entwicklung, der Klimawandel, die Energiewende und die Diskussion um weitergehende Anforderungen an die Abwasserbehandlung.

Unverändert problematisch bleibt der im bundesdeutschen Vergleich niedrige spezifische Wasserverbrauch im Versorgungsgebiet der KWL. Die KWL stellt sich auf die bestehenden Rahmenbedingungen ein und erwartet insgesamt eine positive Geschäftsentwicklung. Wichtige strategische Projekte wie beispielsweise die Fortschreibung des Wasserversorgungskonzeptes, die weitere Detaillierung des Konzeptes zur nachhaltigen Kanalsanierung oder auch das Energieeffizienzprogramm mit der Einführung eines Energiemanagementsystems nach DIN ISO 50.001 werden 2014 zielgerichtet weitergeführt. Durch Investitionen soll der Zustand des Trink- und Abwassernetzes mittel- bis langfristig verbessert werden. Ein Fokus wird auf der Servicequalität der KWL liegen, um die dem Unternehmen im Jahr 2013 attestierte hohe Kundenzufriedenheit auch zukünftig sicherzustellen.





Die von den ehemaligen Geschäftsführern der KWL unterzeichneten CDO-Verträge werden weiterhin als nichtig beziehungsweise unwirksam und/oder nicht vollstreckbar und/oder nicht durchsetzbar angesehen. Auf Grundlage der zur Verfügung stehenden Fakten wird davon ausgegangen, sämtliche aus diesen Geschäften resultierenden Forderungen auf juristischem Wege abzuwehren. Das gilt auch in Ansehung des am 3. Juni 2013 ergangenen erstinstanzlichen Urteils des Landgerichts Leipzig. Abgesehen von den Aufwendungen für Rechtsberatung, Gutachten, Prozesskosten, vorsorgliche Rückstellungsbildung und Prämienrückzahlung gehen die LVV und die KWL aus heutiger Sicht nicht von weiteren Belastungen der Ertragslage aus den betreffenden Geschäften aus.

Die Nachfrage in den Geschäftsfeldern des ÖPNV wird wesentlich von der Bevölkerungszahl, der Zahl der Erwerbstätigen sowie dem real verfügbaren Einkommen bestimmt. Die relative Wettbewerbssituation zur Straße wird durch die Entwicklung der Kraftstoffpreise maßgeblich beeinflusst.

Das Betreiben von Verkehrsnetzwerken zeichnet sich in der Regel durch hohe Kapitalbindung, lange Investitionszyklen und ausgeprägte Fixkostenstrukturen aus. Insoweit sind die optimale Auslastung der Verkehrsnetzwerke, das systematische Entwickeln und Integrieren sowie das ressourceneffiziente und kostenoptimale Betreiben dieser Netzwerke von herausragender Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Konzerns.

Ausgehend von der Vision „Fokus 25 – Moderne Mobilität für Leipzig“, wird die LVB schrittweise weiter zu dem Mobilitätsdienstleister für die Menschen in Leipzig und Umgebung entwickelt. Im Rahmen dieses Konzeptes wird im Jahr 2014 ein Modell eingeführt, um die Steuerung der LVB-Gruppe auf die integrierte Wertschöpfung auszurichten. Um auch zukünftig unter wachsendem Kostendruck hochwertige Verkehrsleistungen zu bezahlbaren Preisen anbieten zu können, wird darüber hinaus die kontinuierliche Optimierung der Strukturen und Prozesse fortgesetzt.

Die Fertigstellung des Projekts „Technisches Zentrum Heiterblick“ sowie die Modernisierung der Betriebs- und Instandhaltungsstruktur durch den Umbau des Betriebshofes Dölitz sind Investitionsschwerpunkte im Jahr 2014. Des Weiteren soll mit der im Jahr 2013 abgestimmten Investitionsoffensive für Fahrzeuge die Ablösung der noch im Fahrzeugpark vorhandenen Tatra-Straßenbahnen eingeleitet werden.

Neben dem abschließenden Ausbau der Steuerungsfunktionen der LVV konzentriert sich die LVV auch weiterhin auf die Erschließung von Synergien und Effizienzverbesserungen im Konzern und wird in den Folgejahren an der Umsetzung der eingeleiteten Maßnahmen arbeiten.

Auf dieser Grundlage ist die Geschäftsführung zuversichtlich, im Geschäftsjahr 2014 sowie mittelfristig eine Stabilisierung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns und damit auch ein verbessertes Konzernergebnis zu erreichen.

Leipzig, den 17. April 2014

Geschäftsführung

Dr. Norbert Menke

Volkmar Müller

Konzernlagebericht
Konzernbilanz
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
Konzernanhang
Konzernkapitalflussrechnung
Konzerneigenkapitalspiegel





KONZERNBILANZ

ZUM 31. DEZEMBER 2013

LVV LEIPZIGER VERSORGUNGS- UND VERKEHRSGESELLSCHAFT MBH, LEIPZIG

Aktiva	31.12.2013 TEUR	31.12.2012 TEUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, Lizenzen, Nutzungsrechte, EDV-Programme und Grunddienstbarkeiten	24.821	16.594
2. Geschäfts- oder Firmenwert	232	310
3. Geleistete Anzahlungen	998	8.971
	26.051	25.875
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	247.294	250.223
2. Technische Anlagen und Maschinen	1.516.868	1.558.606
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	17.781	18.257
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	142.819	78.775
	1.924.762	1.905.861
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	5.508	5.656
2. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	1.216	919
3. Beteiligungen	127.760	127.560
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	6.330	6.330
5. Sonstige Ausleihungen	195	565
	141.009	141.030
	2.091.822	2.072.766
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	18.554	24.228
2. Unfertige Leistungen	5.819	6.911
3. Geleistete Anzahlungen	1.086	1.494
	25.459	32.633
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	327.233	343.456
Erhaltene Anzahlungen	-151.524	-158.701
	175.709	184.755
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.120	3.286
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.710	1.302
4. Sonstige Vermögensgegenstände	26.762	62.590
	205.301	251.933
III. Wertpapiere		
Sonstige Wertpapiere	1.516	1.516
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	148.502	98.495
	380.778	384.577
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4.462	5.295
D. Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG	849	968
	2.477.911	2.463.606



Passiva	31.12.2013	31.12.2012
	TEUR	TEUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	512	512
II. Kapitalrücklage	109.699	97.043
III. Gewinnrücklagen	31.012	31.012
IV. Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung	-3.820	-2.668
V. Konzernbilanzverlust	-165.544	-160.043
VI. Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	89.781	89.468
	61.640	55.324
B. Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	161.941	162.641
C. Sonderposten für Zuschüsse, Fördermittel und für die unentgeltliche Überlassung von Gegenständen des Anlagevermögens	566.309	574.935
D. Sonderposten für Baukostenzuschüsse	106.720	108.654
E. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	26.247	25.891
2. Steuerrückstellungen	10.049	20.693
3. Sonstige Rückstellungen	385.560	368.170
	421.856	414.754
F. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	704.185	668.512
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	8.933	6.152
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	111.488	137.148
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	3.649	4.470
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	771	1.099
6. Sonstige Verbindlichkeiten	308.165	307.860
davon aus Steuern: TEUR 11.757 (Vj.: TEUR 9.423)		
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: TEUR 378 (Vj.: TEUR 273)		
	1.137.191	1.125.241
G. Rechnungsabgrenzungsposten	17.306	18.532
H. Passive latente Steuern	4.948	3.525
	2.477.911	2.463.606



KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2013
 LVV LEIPZIGER VERSORGUNGS- UND VERKEHRSGESELLSCHAFT MBH, LEIPZIG

	2013 TEUR	2012 TEUR
1. Umsatzerlöse	3.631.884	4.379.792
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen	-1.090	834
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	13.086	10.177
4. Sonstige betriebliche Erträge	103.818	121.172
	3.747.698	4.511.975
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	3.089.950	3.860.214
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	60.063	59.363
c) Abwasserabgabe	2.065	2.176
	3.152.078	3.921.753
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	177.779	177.239
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: TEUR 3.087 (Vj.: TEUR 3.195)	36.842	36.693
	214.621	213.932
7. Abschreibungen		
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	133.382	142.373
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten	80	0
c) auf das Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG	119	146
	133.581	142.519
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	186.538	160.032
	60.880	73.739
9. Erträge aus Beteiligungen davon aus verbundenen Unternehmen: TEUR 1.200 (Vj.: TEUR 537)	4.824	1.659
10. Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	298	417
11. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	43	425
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	472	397
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen: TEUR 2 (Vj.: TEUR 17)	3.947	3.022
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	313	424
15. Aufwendungen aus Verlustübernahme	464	1.087
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen: TEUR 13 (Vj.: TEUR 23)	52.584	55.212
	-43.777	-50.803
17. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	17.103	22.936
18. Außerordentliche Erträge	0	0
19. Außerordentliche Aufwendungen	5.113	77.616
20. Außerordentliches Ergebnis	-5.113	-77.616
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag davon aus Veränderung latenter Steuern: TEUR 1.423 (Vj.: TEUR -1.056)	11.842	2.933
22. Sonstige Steuern	3.610	3.116
23. Konzernjahresfehlbetrag	-3.462	-60.729
24. Anderen Gesellschaftern zuzurechnendes Ergebnis	-3.654	-3.324
25. Konzernverlustvortrag	-160.043	-166.092
26. Entnahmen aus der Kapitalrücklage	1.615	70.102
27. Konzernbilanzverlust	-165.544	-160.043



KONZERNANHANG

FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2013

LVV LEIPZIGER VERSORGUNGS- UND VERKEHRSGESELLSCHAFT MBH, LEIPZIG

1. ANGABEN ZUR FORM UND DARSTELLUNG VON KONZERNBILANZ SOWIE VON KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

1.1 Allgemeine Angaben

Der Konzernabschluss der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig (LVV), zum 31. Dezember 2013 wurde nach den Vorschriften der §§ 290 ff. HGB, den ergänzenden Vorschriften des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) und den Bestimmungen des D-Markbilanzgesetzes (DMBiG) aufgestellt.

Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt. Ergänzende Angaben zu den einzelnen Posten der Konzernbilanz sowie der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung befinden sich grundsätzlich im Konzernanhang.

1.2 Konzernabschlussstichtag und Konsolidierungskreis

Einbezogene verbundene Unternehmen	Abkürzung	Gesellschafter	Anteil am gezeichneten Kapital %	Eigenkapital des Geschäftsjahres TEUR	Ergebnis des Geschäftsjahres TEUR
Bau und Service Leipzig GmbH, Leipzig	BSL	KWL	100,00	1.467	1.0141 ¹
		SW Leipzig	90,00		
ELG Leipzig GmbH, Leipzig	ELG	LVB	10,00	30	5
ENDICO Sp. z o.o., Jelenia Góra, Polen ²	ENDICO	GPEC	100,00	2.199	105
Gdańskie Przedsiębiorstwo Energetyki Ciepłej Sp. z o.o., Gdańsk, Polen ²	GPEC	SW Leipzig	83,66	80.092	10.578
IFTEC GmbH & Co. KG, Leipzig	IFTEC	LVB	50,00		
		LIBV	0,00	10.040	2.668
Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig	KWL	LVV	74,65	285.331	89.268 ³
		LVB	51,00		
LAB Leipziger Aus- und Weiterbildungsbetriebe GmbH, Leipzig	LAB	LSVB	25,00		
		IFTEC	24,00	400	19
LAS GmbH, Leipzig	LAS	SW Leipzig	100,00	499	-1.706 ¹
Leipziger Servicebetriebe (LSB) GmbH, Leipzig	LSB	LVB	100,00	287	16
Leipziger Stadtverkehrsbetriebe (LSVB) GmbH, Leipzig	LSVB	LVB	100,00	354	1.249 ¹
Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Leipzig	LVB	LVV	100,00	136.141	1 ⁴



Einbezogene verbundene Unternehmen

	Abkürzung	Gesellschafter	Anteil am gezeichneten Kapital	Eigenkapital des Geschäftsjahres	Ergebnis des Geschäftsjahres
			%	TEUR	TEUR
LeoBus GmbH, Leipzig	LeoBus	LVB	100,00	1.600	-365
LSI GmbH, Leipzig	LSI	BSL	100,00	595	142
LTB Leipziger Transport und Logistik Betriebe GmbH, Leipzig	LTB	LeoBus	75,00	591	44
		LVB	25,00		
Netz Leipzig GmbH, Leipzig	Netz Leipzig	SW Leipzig	100,00	1.009	501 ¹
RETIS Leipzig GmbH, Leipzig	RETIS	SW Leipzig	100,00	55	12.249 ¹
Sachsen Wasser GmbH, Leipzig	SAWA	KWL	100,00	435	39 ¹
Stadtwerke Leipzig GmbH, Leipzig	SW Leipzig	LVV	100,00	250.060	67.190 ¹
Verkehrs-Consult Leipzig (VCL) GmbH, Leipzig	VCL	IFTEC	75,00	155	127
Zakład Energetyki Ciepłej „STAR-PEC“ Sp. z o.o., Starogard Gdański, Polen ²	STAR-PEC	GPEC	99,99	6.105	657
Zakład Energetyki Ciepłej Sp. z o.o., Tczew, Polen ²	ZEC Tczew	GPEC	99,99	4.825	526

Nicht einbezogene verbundene Unternehmen

	Abkürzung	Gesellschafter	Anteil am gezeichneten Kapital	Eigenkapital des Geschäftsjahres	Ergebnis des Geschäftsjahres
			%	TEUR	TEUR
FWNL Fernwärmenetz Leipzig GmbH & Co. KG, i.L., Leipzig ⁵	FWNL	SW Leipzig	0,15	3.543	-16
		GPEC			
GPEC Serwis Sp. z o.o., Gdańsk, Polen ^{2, 5}	Serwis	GPEC	100,00	3.626	1.021
Innvo Innovationsgesellschaft mbH & Co. KG, Leipzig ⁵	Innvo KG	Innvo GmbH	0,00	252	-27
		SW Leipzig	100,00		
Innvo Innovationsgesellschaft-Management mbH, Leipzig ⁵	Innvo GmbH	SW Leipzig	100,00	30	0
Natur21 GmbH, Leipzig ⁵	Natur21	SW Leipzig	100,00	25	3 ¹
Neue Linie GmbH, Leipzig ^{5, 6}	NL	LVB	90,00	13	3
Orchis Energia Sopot Sp. z o.o., Sopot, Polen ^{2, 5}	Orchis	GPEC	65,12	1.678	137
PROMETHEUS-Gesellschaft für Erdgasanwendungsanlagen mbH, Leipzig ⁵	PROMETHEUS	SW Leipzig	51,00	102	6
Sportbäder Leipzig GmbH, Leipzig ⁵	SBL	KWL	100,00	1.409	0
SWL Beteiligungs GmbH, Leipzig ⁵	SWLB	SW Leipzig	100,00	42	-9
SWL Polska Sp. z o.o., Gdańsk, Polen ^{2, 5}	SWL Polska	SW Leipzig	100,00	192	8
Wasseraufbereitung Knautnaundorf GmbH, Leipzig ^{5, 6}	WAK	KWL	100,00	-23	-20
Wassergut Canitz GmbH, Leipzig ⁵	WGC	KWL	100,00	1.489	40 ¹



Assoziierte Unternehmen	Abkürzung	Gesellschafter	Anteil am gezeichneten Kapital	Eigenkapital des Geschäftsjahres	Ergebnis des Geschäftsjahres
			%	TEUR	TEUR
Biokraftwerk Managementgesellschaft mbH, i.L., Leipzig ^{7,8}	BioKW Mgt.	SW Leipzig	50,00	5	1
ennovatis GmbH Großpösna ^{6,7}	ennovatis	Innvo Co. KG	25,11	-375	-270
Erdgasversorgung Industriepark Leipzig Nord GmbH, Leipzig ⁷	EVIL	SW Leipzig	50,00	447	12
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH, Torgau ⁹	FEO	KWL	25,50	110.838	1.165
Heizkraftwerk Eutritzscher Straße GmbH & Co. KG i. L., Leipzig ^{6,7}	EuKG	SW Leipzig SWLB	25,75 0,00	2.718	124
LIB Verwaltungs-GmbH, Leipzig ⁹	LIBV	LVB	50,00	26	1
Meter1 GmbH & Co. KG, Halle (Saale) ^{6,7}	Meter1 KG	Meter1 Verwaltung SW Leipzig	0,00 33,33	317	-596
Meter1 Verwaltung GmbH, Halle (Saale) ⁷	Meter1 Verwaltung	SW Leipzig	33,33	28	1
PEM Consulting für Transport und Verkehr AG, Alexandria, Ägypten ^{7,10}	PEM	VCL	40,00	46	-17
Servicegesellschaft Saale mbH, Halle (Saale) ⁷	SGS	LSB	49,00	129	1
smartlux Lichtsteuerung GmbH, Leipzig ^{7,11}	smartlux	Innvo KG	49,00	-1.257	12
Verbundnetz Gas Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H, Leipzig ⁷	VNG VuB	LVV	27,23	355	9
WEO GmbH & Co. KG, Nürnberg ^{5,9}	WEO GmbH & Co. KG	WEO GmbH SW Leipzig	0,00 33,33	-1.195 ¹²	-626
WEO Verwaltungs GmbH, Varel ^{6,7}	WEO GmbH	WEO GmbH & Co. KG	100,00	31	6



Weitere Beteiligungen	Abkürzung	Gesellschafter	Anteil am gezeichneten Kapital	Eigenkapital des Geschäftsjahres	Ergebnis des Geschäftsjahres
			%	TEUR	TEUR
8KU GmbH, Berlin	8KU	SW Leipzig	12,50	290	-14
beka GmbH, Köln ⁶	beka	LVB	0,47	840	214
envia Mitteldeutsche Energie AG, Chemnitz ⁶	enviaM	LVV	0,07 ¹³	1.411.837	281.311
European Energy Exchange AG, Leipzig	EEX	LVV	7,38	57.261	7.193
Joblinge gemeinnützige AG Leipzig, Leipzig	Joblinge	SW Leipzig	6,67	87	2
KBE Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia, Chemnitz ¹⁴	KBE	LVV	1,35	500.752	33.213
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV), Leipzig ⁶	MDV	LVB	15,92	461	0
Solarion AG, Zwenkau ¹⁵	Solarion	Innvo KG	8,71	30.360	-15.488
VNG-Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft, Leipzig	VNG AG	LVV	7,02 ¹⁶	694.849	173.698

¹ Jahresergebnis vor Ergebnisabführung

² Umrechnungskurs Bilanz zum Stichtag, Gewinn- und Verlustrechnung zum Durchschnitt

³ Jahresergebnis vor Ergebnisabführung und Ausgleichzahlung Minderheitsgesellschafter

⁴ Jahresergebnis nach Entnahmen aus anderen Gewinnrücklagen und vor Ergebnisabführung

⁵ Verzicht auf Vollkonsolidierung gemäß § 296 Abs. 2 HGB aufgrund untergeordneter Bedeutung

⁶ Angaben entsprechend Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012

⁷ Verzicht auf Equity-Bewertung gemäß § 311 Abs. 2 HGB aufgrund untergeordneter Bedeutung

⁸ Angaben entsprechend Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009

⁹ Equity-Bewertung gemäß 312 HGB

¹⁰ Angaben entsprechend Jahresabschluss zum 30. Juni 2011

¹¹ Angaben entsprechend Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010

¹² Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil der Kommanditisten 1.195 T€

¹³ treuhänderisch gehaltenes Aktienpaket über KBE

¹⁴ Angaben entsprechend Jahresabschluss zum 30. Juni 2013

¹⁵ Angaben entsprechend Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011

¹⁶ über VNG VuB gehaltene LVV-Anteile

Der Konzernabschluss wurde auf den Stichtag 31. Dezember 2013 aufgestellt. Die Jahresabschlüsse der einbezogenen Unternehmen wurden auf den Bilanzstichtag der Muttergesellschaft aufgestellt.

1.3 Konsolidierungsgrundsätze

Die Erstellung des Konzernabschlusses der LVV wird auf Grundlage der Richtlinie für die Erstellung des Konzernabschlusses der LVV und für die Erstellung der Handelsbilanzen II der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen vorgenommen.

Bei der Erstellung des Konzernabschlusses werden die Vorschriften über die Kapitalkonsolidierung (§ 301 HGB), die Schuldenkonsolidierung (§ 303 HGB) und die Aufwands- und Ertragskonsolidierung (§ 305 HGB) beachtet.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt nach der Buchwertmethode auf der Grundlage der Wertansätze der Anteile an den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen zum Erwerbs- beziehungsweise Gründungszeitpunkt oder zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss.

Die sich aus der Kapitalkonsolidierung der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen ergebenden aktiven und passiven Unterschiedsbeträge werden in der Bilanz als gesonderte Posten ausgewiesen.



Der aktivische Unterschiedsbetrag, der sich als positive Differenz zwischen den Anschaffungskosten der Beteiligung beim Mutterunternehmen und dem auf diese Beteiligung entfallenden Wert des Eigenkapitals des konsolidierten Unternehmens ergibt, wird nach Abzug aufgedeckter stiller Reserven gemäß Deutschem Rechnungslegungs Standard Nr. 4 unter den immateriellen Vermögensgegenständen als Geschäfts- oder Firmenwert ausgewiesen. Er wird über einen Zeitraum von vier Jahren, im Geschäftsjahr 2013 mit TEUR 78 abgeschrieben.

Der auf der Passivseite ausgewiesene passivische Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung entsteht, wenn das anteilige Eigenkapital zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung den Buchwert der Beteiligung übersteigt. Die aus der erstmaligen Kapitalkonsolidierung resultierenden passivischen Unterschiedsbeträge wurden in die Gewinnrücklagen des Konzerns eingestellt, soweit sie sich aus Gewinnthesaurierungen im Zeitraum zwischen der Anschaffung der Beteiligung und der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss ergeben. Soweit bestimmbar ist, dass der passivische Unterschiedsbetrag nicht durch künftige Aufwendungen oder Verluste begründet ist, wird dieser in Höhe des Anteils, der die beizulegenden Zeitwerte der erworbenen nichtmonetären Vermögensgegenstände nicht übersteigt, planmäßig über die gewichtete durchschnittliche Restnutzungsdauer der erworbenen abnutzbaren Vermögensgegenstände ergebniswirksam vereinnahmt. Ein etwaiger übersteigender Anteil wird zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung sofort als Ertrag vereinnahmt.

Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen wurden saldiert, die Erträge mit den entsprechenden Aufwendungen verrechnet.

Die Beteiligungen an den assoziierten Unternehmen wurden in der Konzernbilanz gemäß § 312 Abs. 1 HGB mit dem Buchwert angesetzt.

Die Anteile am Jahresergebnis der assoziierten Unternehmen sowie andere erfolgswirksame Änderungen am anteiligen Eigenkapital werden als Veränderung der Beteiligungsbuchwerte gezeigt und im Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen ausgewiesen. Der sich unter Berücksichtigung des anteiligen Jahresüberschusses im Rahmen der Ergebnisfortschreibung der WEO GmbH & Co. KG ergebende negative Beteiligungsbuchwert von TEUR 601 wird in einer Nebenrechnung erfasst.

Für die Umrechnung der Bilanzposten der ausländischen Tochtergesellschaften wurden die Stichtagskurse (Devisenkassamittelkurs) beziehungsweise historischen Kurse für das Eigenkapital zugrunde gelegt (Fremdwährungsumrechnung). Die Posten der Gewinn- und Verlustrechnung wurden zum Durchschnittskurs in Euro umgerechnet.





2 ERLÄUTERUNGEN ZU DEN POSTEN DER KONZERN-BILANZ SOWIE DER KONZERN-GEWINN- UND VERLUST-RECHNUNG BEZÜGLICH AUSWEIS, BILANZIERUNG UND BEWERTUNG

2.1 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Den gesetzlichen Vorschriften entsprechend, wurden die Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Auch die im Konzernabschluss at Equity bewerteten Unternehmen stellen ihre Jahresabschlüsse grundsätzlich nach den einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Konzerns auf.

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** und die **Sachanlagen** sind mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. In den Herstellungskosten selbst erstellter Anlagen sind neben den Einzelkosten auch angemessene Gemeinkosten enthalten. Unentgeltlich übernommene Anlagegüter in den Vorjahren sind mit ihrem Verkehrswert angesetzt. Grundstückszugänge gemäß Vermögenszuordnungsgesetz sind mit einem pauschalen Bodenwert bilanziert.

Die immateriellen Vermögensgegenstände enthalten Grunddienstbarkeiten nach dem Grundbuchbereinigungsgesetz (GBBerG).

Die planmäßigen Abschreibungen werden grundsätzlich nach der linearen Abschreibungsmethode über die voraussichtliche Nutzungsdauer der Anlagegegenstände vorgenommen. Darüber hinaus werden im Konzern außerplanmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen von insgesamt TEUR 147 berücksichtigt.

Anlagegegenstände, deren Anschaffungskosten im Einzelfall EUR 410,00 nicht übersteigen, werden im Jahr der Anschaffung aktiviert und anschließend vollständig abgeschrieben.

Anlagegegenstände, welche in den Geschäftsjahren 2008 und 2009 angeschafft wurden und deren Anschaffungskosten im Einzelfall über EUR 150,00 liegen und den Betrag von EUR 1.000,00 nicht übersteigen, wurden in einen Sammelposten eingestellt. Dieser Sammelposten wird über fünf Jahre linear abgeschrieben.

Soweit Anlagegegenstände der in den Konzern einbezogenen Unternehmen bezuschusst oder finanziell gefördert werden, sind diese Mittel zur Verbesserung des Einblicks in die Vermögens- und Finanzlage auf der Passivseite unter dem Sonderposten für Zuschüsse, Fördermittel und unentgeltliche Übertragung von Gegenständen des Anlagevermögens ausgewiesen. Sie werden nach Maßgabe der Nutzungsdauer der geförderten Sachanlagen aufgelöst.

Die unter den **Finanzanlagen** ausgewiesenen Anteile an verbundenen Unternehmen und die Beteiligungen sind zu Anschaffungskosten zuzüglich Anschaffungsnebenkosten angesetzt. Anteile an ausländischen Unternehmen wurden zum Tageskurs des Transaktionszeitpunktes umgerechnet. Unverzinsliche Ausleihungen sind auf den Barwert abgezinst. Soweit erforderlich, wurden mit TEUR 313 Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag vorgenommen.



Die **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** sind grundsätzlich zu durchschnittlichen Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des Niederstwertprinzips angesetzt. Unentgeltlich zugeteilte Emissionszertifikate werden unter den Vorräten zum Erinnerungswert angesetzt. Entgeltlich erworbene Emissionszertifikate werden im Posten Vorräte zu Anschaffungskosten bilanziert. Soweit erforderlich, wurden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag vorgenommen.

Die **unfertigen Leistungen** sind verlustfrei zu Herstellungskosten bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit ihrem Nennwert unter Berücksichtigung erkennbarer Ausfallrisiken ausgewiesen. Innerhalb der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind erhaltene Anzahlungen auf den abgegrenzten, noch nicht abgelesenen Verbrauch für Strom, Gas, Wasser und Abwasser offen abgesetzt. Forderungen in Fremdwährung, deren Restlaufzeit nicht mehr als ein Jahr beträgt, werden mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet. Alle übrigen Fremdwährungsforderungen werden mit ihrem Umrechnungskurs bei Rechnungsstellung oder dem niedrigeren Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet.

Sofern Netting-Vereinbarungen mit Partnern im Energiegroßhandel bestehen, werden Saldierungen von Forderungen und Verbindlichkeiten vorgenommen.

Die **sonstigen Wertpapiere** des Umlaufvermögens sind zu Anschaffungskosten angesetzt. Die Währungsumrechnung erfolgte zum Mittelkurs bei Anschaffung der Wertpapiere beziehungsweise unter Beachtung des Imparitätsprinzips zum Mittelkurs.

Der **Kassenbestand, die Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks** sind mit dem Nominalwert bilanziert. Fremdwährungsbestände mit einer Laufzeit von unter einem Jahr sind gemäß § 256a HGB zum Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag bewertet.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten wurden für Ausgaben, die Aufwand nach dem Bilanzstichtag darstellen, gebildet.

Der Ermittlung aktiver sowie passiver **latenter Steuern** liegt das bilanzorientierte Temporary-Konzept zugrunde (§ 274 Abs. 1 HGB). Dabei wurden auch latente Steuern auf quasi-permanente Differenzen, die sich aus der unterschiedlichen Bewertung der Beteiligungen in der Handels- und Steuerbilanz ergeben, berücksichtigt. Die einbezogenen Unterschiede beziehen sich im Fall der LVV nicht nur auf eigene Bilanzposten, sondern auch auf solche, die bei Organgesellschaften bestehen. Weiterhin wurden latente Steuern auf Verlustvorträge, die in den nächsten fünf Jahren voraussichtlich zu einer Steuerentlastung führen, berücksichtigt. Die Berechnung erfolgte für die deutschen Gesellschaften mit einem unternehmensindividuellen kombinierten Ertragsteuersatz (Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag, Gewerbesteuer) von rund 31,7 % beziehungsweise bei zeitlichen Bilanzierungsunterschieden bei Beteiligungen in der Rechtsform einer Personengesellschaft auf Basis eines kombinierten Ertragsteuersatzes von 15,8 %, der lediglich die Körperschaftsteuer und den Solidaritätszuschlag beinhaltet. Bei den polnischen Gesellschaften fand ein Steuersatz von 19,0 % Anwendung. Im Geschäftsjahr ergab sich unter Anwendung eines saldierten Ausweises (§ 274 Abs. 1 Satz 3 HGB) insgesamt eine aktive latente Steuer. Von dem Wahlrecht zum Ansatz des aktiven latenten Steuerüberhangs aufgrund sich ergebender Steuerentlastungen nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wird im Rahmen der konzerneinheitlichen Bilanzierung kein Gebrauch gemacht.

Die latenten Steuern beruhen neben Verlustvorträgen auf Ansatzunterschieden bei der LVV und den einbezogenen Tochterunternehmen. Dabei resultieren aktive latente Steuern insbesondere aus handels- und steuerrechtlich abweichenden Wertansätzen bei immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen, Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen, Sonderposten für Zuschüsse, Fördermittel und für





die unentgeltliche Überlassung von Gegenständen des Anlagevermögens, Pensionsrückstellungen, sonstigen Rückstellungen sowie beim passiven Rechnungsabgrenzungsposten. Passive latente Steuern resultieren im Wesentlichen aus Sachanlagen, Finanzanlagen und der Inanspruchnahme nur steuerlich zulässiger Sonderabschreibungen.

Die aus Konsolidierungsmaßnahmen, insbesondere zur Schuldenkonsolidierung, resultierenden **passiven latenten Steuern** (TEUR 4.948) wurden mit einem kombinierten Ertragsteuersatz von rund 22,2 % unter Berücksichtigung anteiliger Mindestbesteuerung berechnet und entsprechend § 306 HGB bilanziert (gesonderter Posten der Passivseite der Konzernbilanz).

Das **gezeichnete Kapital** ist zum Nennbetrag angesetzt. Der Posten **Eigenkapitaldifferenz aus Währungs-umrechnung** resultiert aus der Abweichung der Bewertung der Bilanz zum Stichtagskurs sowie der Gewinn- und Verlustrechnung zum Durchschnittskurs gegenüber der Bewertung des Eigenkapitals zum historischen Kurs bei den konsolidierten ausländischen Unternehmen.

Im **Sonderposten für Zuschüsse, Fördermittel und für die unentgeltliche Übertragung von Gegenständen des Anlagevermögens** werden neben unentgeltlich übertragenen Gegenständen des Anlagevermögens im Wesentlichen Investitionszuschüsse sowie die mit Investitionen zur Umweltverbesserung verrechenbare Abwasserabgabe passiviert, die über die Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagegegenstände beziehungsweise bei deren Abgang vollständig ertragswirksam aufgelöst werden.

Vereinnahmte Hausanschlusskostenbeiträge und ähnliche Zuschüsse werden im **Sonderposten für Baukostenzuschüsse** ausgewiesen. Die jährliche ertragswirksame Auflösung beträgt 5,0 % für Baukostenzuschüsse bis zum 31. Dezember 2002. Für erhaltene Zuschüsse ab dem 1. Januar 2003 erfolgt die Auflösung über die Nutzungsdauer der zugrunde liegenden Anlagen.

Für **Pensionszusagen, Jubiläumzahlungen und Altersteilzeitverpflichtungen** sowie für ausgewählte Personalarückstellungen sind Rückstellungen auf Basis versicherungsmathematischer Gutachten auf der Grundlage der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszinssatz von 3,37 % bzw. 4,86 % bis 5,05 % p. a. gebildet worden. Die Bewertung erfolgte nach den anerkannten Grundsätzen der Versicherungsmathematik mittels der sogenannten Projected-Unit-Credit-Method, dem Teilwertverfahren sowie der IDW Stellungnahme vom 19. Juni 2013. Für die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden künftige Gehalts- und Rentenanpassungen beziehungsweise Aufwandssteigerungen von 0,0 % bis 5,0 % unterstellt.

Bei den polnischen Gesellschaften werden Rückstellungen für Altersgelder auf der Grundlage mathematischer Gutachten, in Anlehnung an IAS 19 nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Method) bei einem Rechnungszins von 4,4 % bis 5,0 % gebildet.

Soweit für die Pensionsverpflichtungen Rückdeckungsversicherungsverträge existieren, welche an die Pensionsanwärter beziehungsweise Pensionäre verpfändet sind, werden die Verpflichtungen und der Aktivwert der Rückdeckungsversicherungen nach § 246 Abs. 2 HGB verrechnet.

Ein Teil der Pensionsverpflichtungen (TEUR 693) ist gemäß § 253 Abs. 1 Satz 3 HGB mit dem Zeitwert der Rückdeckungsversicherung bewertet, da es sich um kongruent rückgedeckte Versorgungszusagen handelt.

Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung langfristiger Verpflichtungen aus Wertkonten dienen, sind gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB saldiert mit den entsprechenden Verpflichtungen ausgewiesen.



Bei den **sonstigen Rückstellungen** sind alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen und ausreichend berücksichtigt. Sie werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Bei der Bewertung des Erfüllungsbetrages bestimmter langfristiger Rückstellungen wurde jeweils ein angemessener Kostensteigerungsgrad berücksichtigt. Die sonstigen Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden mit fristadäquaten Zinssätzen abgezinst, die von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben worden sind. Darüber hinaus werden unentgeltlich zugeteilte Emissionszertifikate zum Erinnerungswert erfasst.

Gemäß Artikel 67 Abs. 1 Satz 2 Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch (EGHGB) werden Rückstellungen, für die sich aufgrund der geänderten Bewertung eine Auflösung ergeben würde, beibehalten, soweit der aufzulösende Betrag bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müsste.

Von der Möglichkeit, **Aufwandsrückstellungen nach § 249 Abs. 2 HGB a. F.** gemäß Artikel 67 Abs. 3 Satz 1 EGHGB zum Umstellungszeitpunkt auf die Neuregelungen des BilMoG beizubehalten, wurde Gebrauch gemacht.

Die **Verbindlichkeiten** sind mit ihrem Erfüllungsbetrag passiviert. Verbindlichkeiten in Fremdwährung, deren Restlaufzeit nicht mehr als ein Jahr beträgt, werden mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet. Alle übrigen Fremdwährungsverbindlichkeiten werden mit ihrem Umrechnungskurs bei Rechnungsstellung oder dem höheren Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten wurden für Einnahmen, die Ertrag nach dem Bilanzstichtag darstellen, gebildet. Die aus grenzüberschreitenden Leasinggeschäften erzielten Barwertvorteile wurden passiv abgegrenzt. Sie werden über die jeweilige Vertragslaufzeit ergebniswirksam aufgelöst.

Derivative Finanzinstrumente werden einzeln mit dem Marktwert am Stichtag bewertet. Sind die Voraussetzungen zur Bildung von Bewertungseinheiten erfüllt, werden die Sicherungs- und Grundgeschäfte zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst.

2.2 Erläuterungen zur Konzernbilanz

Die Zusammensetzung und Entwicklung der einzelnen Posten des **Anlagevermögens** sind in der Anlage 1 zu diesem Konzernanhang dargestellt; die Gliederung richtet sich nach § 266 Abs. 2 i. V. m. § 265 Abs. 6 HGB.

Unter den **Finanzanlagen** werden die Anteile der nicht in den Konsolidierungskreis einbezogenen verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sowie sonstige Ausleihungen ausgewiesen. Die Beteiligungsbuchwerte an den assoziierten Unternehmen wurden unter Berücksichtigung der anteiligen Jahresergebnisse des Geschäftsjahres 2013 und der vereinnahmten Ausschüttungen fortgeschrieben.

Die **Vorräte** enthalten zum Bilanzstichtag unentgeltlich zugeteilte rückgabepflichtige Emissionsberechtigungen der zweiten Handelsperiode (2008 bis 2012) zum Ausstoß von insgesamt 398.575 Tonnen CO₂, die mit einem Erinnerungswert von EUR 1,00 angesetzt wurden (Marktwert zum 31. Dezember 2013: TEUR 2.004).

Des Weiteren sind in den Vorräten entgeltlich erworbene Emissionsberechtigungen (European Union Allowances – Emissionsberechtigungen) mit einem Marktwert von TEUR 1.355 für den Ausstoß von 269.333 Tonnen CO₂, die im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems gehandelt werden, enthalten.



Alle entgeltlichen Emissionszertifikate sind zu dem niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag bewertet.

In den **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** der Konzernbilanz sind hauptsächlich Forderungen aus abgerechneten Energie- und Wasserlieferungen sowie aus der Abwasserbehandlung und der abgegrenzte Verbrauch zwischen Ablese- und Bilanzstichtag von insgesamt TEUR 291.894 enthalten. Erhaltene Anzahlungen von TEUR 151.524 werden offen abgesetzt. In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Forderungen gegen Gesellschafter mit TEUR 8.285 (Vj.: TEUR 9.254) enthalten.

Von den **Forderungen gegen verbundene Unternehmen** betreffen TEUR 182 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie TEUR 938 sonstige Vermögensgegenstände und von den Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betreffen TEUR 1.692 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie TEUR 18 sonstige Vermögensgegenstände.

In den **sonstigen Vermögensgegenständen** sind im Wesentlichen Forderungen gegen das Finanzamt aus noch nicht fälligen Vorsteuern (TEUR 3.330) und Rückerstattungsansprüche aus gezahlten Prämien für in Vorjahren gekündigte CDS-Geschäfte (TEUR 2.442) ausgewiesen. Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten Forderungen für Ansprüche von TEUR 1.330 (Vj.: TEUR 886), die an Dritte verpfändet worden sind. In den sonstigen Vermögensgegenständen sind Forderungen gegen Gesellschafter mit TEUR 1.682 (Vj.: TEUR 11.927) enthalten.

Von den Forderungen haben TEUR 9 (Vj.: TEUR 27) der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, TEUR 424 (Vj.: TEUR 424) der Forderungen gegen verbundene Unternehmen, TEUR 17 (Vj.: TEUR 0) der Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und TEUR 3.897 (Vj.: TEUR 3.346) der sonstigen Vermögensgegenstände eine **Restlaufzeit von mehr als einem Jahr**.

Im **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** ist ein Damnum von TEUR 40 (Vj.: TEUR 98) enthalten. Es wird über die Laufzeit von acht Jahren aufwandswirksam aufgelöst.

Das **Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG** betrifft die Rückstellung für Altlastensanierung. Es wurde im Geschäftsjahr 2013 mit TEUR 119 abgeschrieben.

Das **gezeichnete Kapital** entspricht dem Stammkapital im Mutterunternehmen LVV. Die Stammeinlage wird in voller Höhe von der Stadt Leipzig gehalten.

Die **Kapitalrücklage** entwickelte sich wie folgt:

	TEUR
Anfangsstand 1. Januar 2013	97.043
Einlage der Stadt Leipzig	14.271
Entnahme zum Verlustausgleich LVV	-1.615
Endstand 31. Dezember 2013	109.699

Im **Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter** von TEUR 89.781 sind hauptsächlich die Anteile des Zweckverbandes Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Leipzig-Land an der KWL, der Stadt Gdańsk an der GPEC sowie der Siemens AG an der IFTEC erfasst. Der im Ausgleichsposten verrechnete und in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene und anderen Gesellschaftern zuzurechnende Gewinn beträgt TEUR 3.654.



Im Geschäftsjahr wurde der **Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung** von TEUR 728 aufgelöst. Dem stehen Zugänge von TEUR 28 gegenüber.

Im **Sonderposten für Zuschüsse, Fördermittel und für die unentgeltliche Übertragung von Gegenständen des Anlagevermögens** wurden mit TEUR 33.086 Zugänge sowie mit TEUR 2.415 Abgänge erfasst. Der Sonderposten wurde mit TEUR 39.258 ertragswirksam aufgelöst. Des Weiteren verminderte sich der Sonderposten aufgrund der Berücksichtigung von Währungsdifferenzen (TEUR 37) und Umbuchungen (TEUR 2).

Bei den **Baukostenzuschüssen** stehen Zugängen des Geschäftsjahres 2013 von TEUR 6.585 ertragswirksame Auflösungen von TEUR 7.912 und Abgänge von TEUR 607 gegenüber.

Die **Pensionsverpflichtungen** sind nach den Vorschriften des BilMoG bewertet und werden entsprechend § 246 Abs. 2 HGB mit dem korrespondierenden Aktivwert für abgeschlossene Rückdeckungsversicherungen verrechnet. Der Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände sowie der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden betragen unter Beachtung bereits geleisteter Zahlungen jeweils TEUR 693. Die Anschaffungskosten für den Aktivwert der Rückdeckungsversicherungen betragen TEUR 768.

Der im Geschäftsjahr 2013 im Zeitwert enthaltene Zinsertrag aus den verpfändeten Rückdeckungsversicherungen (TEUR 21) wurde in der Gewinn- und Verlustrechnung mit den Aufwendungen aus der Verpflichtung (TEUR 21) saldiert.

Die **Steuerrückstellungen** berücksichtigen, neben den Steuerrückstellungen für das laufende Geschäftsjahr, insbesondere Rückstellungen für mögliche Steuernachzahlungen für Vorjahre aus laufenden steuerlichen Außenprüfungen.

Die **Altersteilzeitverpflichtungen und sonstigen Personalrückstellungen** (TEUR 12.599) werden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit Vermögensgegenständen, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Altersteilzeitverpflichtungen oder vergleichbar langfristig fälligen Verpflichtungen dienen, verrechnet. Der Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände, der den Anschaffungskosten entspricht, beläuft sich auf TEUR 5.692, der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden beträgt TEUR 5.812. Die verbleibende Verpflichtung (TEUR 446) wird nach Verrechnung unter den sonstigen Rückstellungen bilanziert. Der Zinsaufwand aus der Aufzinsung der Rückstellungen für diese Verpflichtungen beträgt TEUR 738, der Zinsertrag aus Abzinsung für das Geschäftsjahr TEUR 118. Per Saldo ergibt sich in der Gewinn- und Verlustrechnung ein Zinsaufwand von TEUR 620. Darüber hinaus wird der reguläre Zuführungsbetrag zu den Rückstellungen für diese Verpflichtungen im Personalaufwand ausgewiesen.

Aufgrund der durch das BilMoG geänderten Bewertungsregeln für (langfristige) Rückstellungen wäre eine Auflösung der Rückstellungen für Altlastenbeseitigung, Ansprüche nach dem Grundbuchbereinigungsgesetz sowie Archivierung zum Übergangszeitpunkt 1. Januar 2010 erforderlich gewesen. Jedoch ist absehbar, dass dieser aufzulösende Betrag bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müsste. Daher wurde im Berichtsjahr vom Wahlrecht nach Artikel 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB Gebrauch gemacht und die Auflösung wurde unterlassen. Zum 31. Dezember 2013 beläuft sich der Überdeckungsbetrag für die genannten Rückstellungen auf TEUR 386.

Die **sonstigen Rückstellungen** enthalten hauptsächlich Rückstellungen für Prozessrisiken und Rechtsstreitigkeiten (TEUR 124.146), für ausstehende Rechnungen (TEUR 50.964), für drohende Verluste (TEUR 50.020), für Abwasser- und Konzessionsabgaben (TEUR 30.486), für Altersteilzeit-, Sozialplan- und Personalaufwendungen (TEUR 32.331), für Verpflichtungen zur Zahlung von Entschädigungen für dinglich gesicherte Leitungsführungsrechte gemäß § 9 GBBerG (TEUR 24.574) sowie für die Beseitigung ökologischer Schäden (TEUR 15.530).



Für die in der Konzernbilanz ausgewiesenen **Verbindlichkeiten** bestehen folgende Restlaufzeiten:

Art der Verbindlichkeit	Restlaufzeit				Gesamt TEUR
	bis zu einem Jahr TEUR	bis zu einem Jahr (Vorjahr) TEUR	von einem bis zu fünf Jahren TEUR	über fünf Jahre TEUR	
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	204.753	(83.186)	287.935	211.497	704.185
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	8.933	(6.152)	0	0	8.933
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	111.436	(137.001)	52	0	111.488
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	3.649	(4.470)	0	0	3.649
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	771	(1.099)	0	0	771
6. Sonstige Verbindlichkeiten	26.707	(26.099)	78.973	202.485	308.165
	356.249	(258.007)	366.960	413.982	1.137.191

Von den **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** sind TEUR 550.570 durch Beteiligungsbelassungserklärung beziehungsweise einfache Negativerklärungen oder notarielle Eintragung sowie TEUR 6.136 durch Ausfallbürgschaften der Stadt Leipzig besichert. Die Währungspositionen aus dem US Private Placement (Mio. USD 110,0) sind für die gesamte Laufzeit gegen Währungsrisiken des US-Dollars gesichert.

In den **Verbindlichkeiten aus Lieferungen** und Leistungen ist der Mietkauf von zwei Oberleitungsfahrzeugen enthalten (TEUR 248). Zur Besicherung der Mietkaufverbindlichkeiten wurden beide Fahrzeuge sicherungsübereignet. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betreffen mit TEUR 10.438 (Vj.: TEUR 207) Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern.

Von den **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** betreffen TEUR 230 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und TEUR 3.419 sonstige Verbindlichkeiten. Die **Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, betreffen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Die **sonstigen Verbindlichkeiten** enthalten Verpflichtungen von TEUR 237.846 (Vj.: TEUR 237.846) aus der Gewährung eines Darlehens durch die Stadt Leipzig. Auf Grundlage der zwischen der Stadt Leipzig und der LVV am 29. Juni 2009 geschlossenen Rangrücktritts- und Kapitalbelassungsvereinbarung tritt die Stadt Leipzig mit ihren gegenwärtigen und zukünftigen Forderungen aus oder im Zusammenhang mit dem Gesellschafterdarlehen hinter alle gegenwärtigen und zukünftigen, auch bedingten, befristeten oder gesetzlichen Ansprüche aller übrigen Gläubiger im Rang zurück. Die Stadt Leipzig verpflichtet sich weiter, während der Dauer der vorliegenden Vereinbarung das Gesellschafterdarlehen bei der LVV zu belassen. Tilgungen auf das Gesellschafterdarlehen sind bis zur Höhe eines im Konzernabschluss der LVV oder falls niedriger im Jahresabschluss der LVV ausgewiesenen positiven, freien Cash Flows zulässig, höchstens jedoch in Höhe eines künftigen Jahresüberschusses und begrenzt auf einzelne Jahreshöchstbeträge. Sämtliche Zahlungen auf das Gesellschafterdarlehen stehen unter der zusätzlichen Voraussetzung, dass die LVV ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber Dritten vollständig und fristgerecht nachkommen kann. Auf Grundlage des Beschlusses der Ratsversammlung der Stadt Leipzig vom 25. Januar 2012 wurde mit Datum vom 21. Dezember



2012/21. Januar 2013 eine Vereinbarung zwischen der Stadt Leipzig und der LVV zur Tilgungsaussetzung für die Jahre 2013 bis 2015 getroffen.

In Umsetzung des Ratsbeschlusses der Stadt Leipzig vom 11. November 2009 erklärt die Stadt Leipzig gegenüber der LVV in der am 1. April 2010 abgegebenen Freigabeerklärung, dass sie alle im Zusammenhang mit dem Gesellschafterdarlehen bisher zu ihren Gunsten bestellten Pfandrechte an den Geschäftsanteilen der KWL und SW Leipzig vollständig und unbedingte freigegeben hat.

Unter der Annahme überwiegender Erfolgsaussichten, ungeachtet des nicht auszuschließenden Prozessrisikos, geht die Geschäftsführung bei der bilanziellen Behandlung der CDO-Transaktionen, mit Ausnahme der im Zusammenhang mit dem am 3. Juni 2013 ergangenen erstinstanzlichen Urteil des Landgerichts Leipzig im Prozess der KWL gegen die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) vorsorglich gebildeten Rückstellung von Mio. EUR 81,2, nach wie vor von der Nichtigkeit und/oder Unwirksamkeit und/oder Nichtvollstreckbarkeit und/oder Nichtdurchführbarkeit der betreffenden Verträge sowie von einer erfolgreichen Abwehr sämtlicher potenzieller Forderungen auf juristischem Wege aus. Die daraus erhaltenen Einzahlungen von Mio. EUR 36,0 wurden daher als sonstige Verbindlichkeiten (Herausgabeanspruch) abgebildet.

Darüber hinaus haben die KWL aus dem ihnen zur Verfügung stehenden Darlehensrahmen bei einer Bank einen Teil von TEUR 1.000 an die Sachsen Wasser GmbH, Leipzig, abgegeben. Dieser ist zum Stichtag durch Avale (TEUR 99) genutzt.

Der **passive Rechnungsabgrenzungsposten** enthält im Wesentlichen Einnahmen aus grenzüberschreitenden Leasinggeschäften der KWL und LVB von TEUR 12.759, die über die Laufzeit ertragswirksam aufgelöst werden. Darüber hinaus werden unter anderem das Folgejahr betreffende Fahrgeldeinnahmen von TEUR 3.693 erfasst.

2.3 Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

Von den **Umsatzerlösen** des Konzerns entfallen TEUR 3.275.931 auf Energiegroßhandel und Energielieferungen, TEUR 131.348 auf die Wasserversorgung und Abwasserbehandlung, TEUR 95.878 auf Erträge aus Verkehrsleistungen einschließlich Ausgleichszahlungen sowie TEUR 128.727 auf Nebengeschäfte einschließlich der Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Baukostenzuschüsse.

Von den Umsatzerlösen wurden TEUR 3.526.310 in Deutschland und TEUR 105.574 in Polen erwirtschaftet.

Die Umsatzerlöse enthalten periodenfremde Erlöse von TEUR 15.493.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** enthalten periodenfremde Erträge von TEUR 37.264.

Der **Materialaufwand** enthält periodenfremden Aufwand von TEUR 5.771.

In den **Abschreibungen** sind Abschreibungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert von TEUR 78 und außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen von TEUR 147 enthalten.

In den **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** sind periodenfremde Aufwendungen von TEUR 21.367 enthalten.



Unter den sonstigen **Zinsen und ähnlichen Erträgen** sind TEUR 1.417 aus der Abzinsung von Rückstellungen und im Posten **Zinsen und ähnliche Aufwendungen** sind TEUR 5.078 aus der Aufzinsung von Rückstellungen enthalten. Die Zinserträge enthalten periodenfremde Zinserträge von TEUR 390. Die Zinsaufwendungen enthalten periodenfremde Zinsaufwendungen von TEUR 389.

Im Geschäftsjahr erfolgten Zinszahlungen von TEUR 26.096.

Die **außerordentlichen Aufwendungen** betreffen mit TEUR 3.546 den Zinsanteil für das Geschäftsjahr 2013 im Rahmen der vorsorglich gebildeten Rückstellung aufgrund des erstinstanzlichen Urteils des Landgerichtes Leipzig vom 3. Juni 2013 im Rechtsstreit der KWL gegen die LBBW sowie die Zuführung zur Rückstellung für Drohverluste der LAS im Rahmen der beschlossenen Beendigung des Energieabrechnungsgeschäftes mit Drittkunden mit TEUR 1.567.

Die unter Berücksichtigung ertragswirksam zugeführter latenter Steuerrückstellungen (TEUR 1.423) verbleibenden **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** betreffen im Wesentlichen Körperschaft- und Gewerbesteuer einschließlich Solidaritätszuschlag der im Konzern zur Steuer veranlagten Unternehmen. Darüber hinaus sind periodenfremde Steueraufwendungen von TEUR 2.560 enthalten.

Im Geschäftsjahr erfolgten Ertragsteuerzahlungen von TEUR 20.001.

3 ANGABEN ZUM JAHRESERGEBNIS

Der LVV-Konzern schließt das Geschäftsjahr 2013 mit einem Konzernjahresfehlbetrag von TEUR 3.462 ab. Unter Berücksichtigung des anderen Gesellschafters zuzurechnenden Ergebnisses von TEUR 3.654, des Konzernverlustvortrages von TEUR 160.043 und der Entnahmen aus der Kapitalrücklage von TEUR 1.615 verbleibt ein Konzernbilanzverlust von TEUR 165.544.

4 ERGÄNZENDE ANGABEN

4.1 Eventualverbindlichkeiten und Haftungsverhältnisse

In der mit Datum vom 15. Dezember 2005 getroffenen Rahmenvereinbarung zum Cash-Management ist die LVV als Betreibergesellschaft bestimmt. Der mit den Banken vereinbarte Gesamtverfügungsrahmen wird durch die gesamtschuldnerische Haftung der LVV, KWL, LVB und SW Leipzig gesichert.

Aufgrund der zur Verfügung stehenden Informationen über die Finanzlage im Konzernverbund wird hieraus nicht mit einer Inanspruchnahme gerechnet.

Die LVV hat im Rahmen der Konzernfinanzierung Konzernunternehmen aus einem eigenen Avalkreditrahmen über TEUR 7.000 einen Betrag von TEUR 6.035 zur Sicherung von Altersteilzeitguthaben zur Verfügung gestellt. Mit einer Inanspruchnahme hieraus wird nicht gerechnet. Der Avalkreditrahmen der LVV ist durch Negativerklärungen gesichert.

In einem Konzernunternehmen bestehen Bürgschaftsverpflichtungen von TEUR 2. Im Rahmen der Leistungserbringung erfolgt die Haftung nach § 13 VOB Teil B für Gewährleistungsansprüche.



In einem Konzernunternehmen bestehen Avale aus Gewährleistungsbürgschaften von TEUR 111. Die zur Absicherung der Bürgschaft verpfändeten Termingelder wurden durch den Bürgen freigegeben und aufgelöst.

Aufgrund einer Kommanditbeteiligung der KWL an einer GmbH & Co. KG bestehen zum Bilanzstichtag Haftungsrisiken bis zu TEUR 22.

Mit Tarifvertrag vom 1. Dezember 2011 regelte die KWL die Einführung und den Umgang mit Langzeitkonten. Demnach können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Gehaltsbestandteile und/oder Urlaubstage beziehungsweise erbrachte Überstunden in Wertkonten umwandeln. Die Beträge (TEUR 248, Vj.: TEUR 134) werden zugunsten der Beschäftigten zinsbringend angelegt, wobei die KWL mindestens den angelegten Betrag garantiert. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können die hinterlegten Beträge zur Auszahlung innerhalb einer langfristigen Freistellung verwenden.

Es bestehen Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB aus grenzüberschreitenden Leasinggeschäften (CBL).

Klärwerke-Transaktion aus dem Jahr 2000

Zahlungsverpflichtung Fremdmittelseite:

Für das grenzüberschreitende Leasinggeschäft betreffend die Kläranlagen Rosental, Lindenthal, Markkleeberg, Markranstädt und Taucha hat ein Kreditinstitut mit A-Rating gegen Einzahlung von insgesamt Mio. USD 149,1 (Trust A) und Mio. USD 23,6 (Trust B) den Teil der Zahlungsverpflichtung, das Darlehen betreffend, übernommen (kumulative Schuldübernahme).

Zahlungsverpflichtung Eigenmittelseite:

Durch Einzahlung von Mio. USD 12,7 (Trust A) und Mio. USD 2,0 hat ein Finanzinstitut, das während der Laufzeit ein bestimmtes Mindestrating erfüllen muss, den Teil der Zahlungsverpflichtung zur Rückführung der Investoren-Eigenmittel übernommen. Dieses Finanzinstitut gehört heute zum Konzern des amerikanischen Investors. Die KWL haftet für die Erfüllung dieser Verpflichtungen. Dieses Eventualrisiko belief sich per 31. Dezember 2013 auf Mio. USD 43,7 (Mio. EUR 31,7).

Trinkwasser-Transaktion aus dem Jahr 2003

Zahlungsverpflichtung Fremdmittelseite:

Für einen Teil der zu Beginn der Transaktion geleisteten Vorauszahlung wurde eine Anleihe eines Emittenten mit einem A-Rating gegen Zahlung von Mio. EUR 310,0 gekauft. Diese Anleihe bedient den Teil der Zahlungsverpflichtung aus dem ausgereichten Darlehen. Seit Dezember 2006 beträgt diese Zahlungsverpflichtung noch Mio. EUR 76,6.



Zahlungsverpflichtung Eigenmittelseite:

Durch die Einzahlung von Mio. USD 61,2 wurde eine Schuldverschreibung mit Zerobondcharakter eines ursprünglich A-gerateten Finanzinstitutes erworben. Diese bedient den Teil der Zahlungsverpflichtung betreffend die Rückführung der Investoren-Eigenmittel. Das Rating des Emittenten liegt wie im Vorjahr bei B.

Das Eventualrisiko der KWL aus der Trinkwasser-Transaktion belief sich per 31. Dezember 2013 auf Mio. USD 113,3 (Mio. EUR 82,3).

Entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen hat die KWL für bestimmte Grundstücke beschränkt persönliche Dienstbarkeiten zugunsten des Trusts im Grundbuch eintragen lassen.

Grundsätzlich trägt die Stadt Leipzig als primärer Vertragspartner dieses Eventualrisiko. Ein Risiko der KWL aus Freistellungsansprüchen der Stadt Leipzig kann jedoch nicht vollständig ausgeschlossen werden.

Die Gesellschaft sieht jedoch zum Zeitpunkt der Berichtslegung kein akutes Ausfallrisiko in Bezug auf die CBL-Verträge und hat daher keine Rückstellung gebildet.

Darüber hinaus hat die Stadt Leipzig als primärer Vertragspartner des CBL bestimmte Freistellungsverpflichtungen für Ansprüche gegen andere Transaktionsteilnehmer übernommen. Zu diesen Freistellungsverpflichtungen zählen Schadenersatzansprüche Dritter gegen den Trust im Zusammenhang mit dem Betrieb der Anlage sowie bestimmte steuerliche Risiken. Des Weiteren gehören zu diesen Verpflichtungen die Wartungs- und Versicherungspflicht sowie die Verpflichtung zu Umbaumaßnahmen aufgrund geltenden Rechts für die Anlagen gemäß Vertrag. Im Untermietvertrag hat die KWL die Stadt Leipzig umfassend von sämtlichen Zahlungsverpflichtungen aus den Transaktionsverträgen freigestellt, vorbehaltlich einiger im Untermietvertrag genannter Ausnahmen.

Mit notarieller Urkunde vom 7. Mai 2004 (UR-Nr. 1872/2004/CM/JA des Notars Hans-Jörg Jarke, Leipzig) hat die KWL eine Buchgrundschuld mit Schuldversprechen von TEUR 7.200 auf das Grundstück Johannisgasse zugunsten der Stadt Leipzig zur dinglichen Absicherung von Verpflichtungen aus dem CBL bestellt. Die KWL verpflichtet sich danach zur Zahlung eines Betrages, dessen Höhe der Grundschuldsumme entspricht, und unterwirft sich gleichzeitig deswegen der sofortigen Zwangsvollstreckung aus dieser Urkunde in ihr gesamtes Vermögen. Die Verjährungsfrist für Ansprüche auf Rückgewähr der gestellten Sicherheiten beträgt abweichend von § 196 BGB dreißig Jahre.

Straßenbahntransaktion 2005 (LVB)

Die LVB haften für die künftigen Zahlungsverpflichtungen aus einem im Jahr 2005 mit der Skandinaviska Enskilda Banken AB (SEB) abgeschlossenen grenzüberschreitenden Leasinggeschäft mit einem Transaktionsvolumen von Mio. EUR 22,9. Die Zahlungsverpflichtungen sind durch den Kaufpreis abgedeckt, der beim Leasinggeber hinterlegt ist. Zum Bilanzstichtag betragen die ausstehenden Leasingzahlungen Mio. EUR 22,6 (Vj.: Mio. EUR 23,6). An den Vermögensgegenständen des Leasinggeschäfts wurde zugunsten der LVB ein Pfandrecht bestellt. Aufgrund der Struktur der Transaktion und der vorliegenden Informationen wird hieraus nicht mit einer Inanspruchnahme gerechnet.

Im Rahmen der grenzüberschreitenden Leasinggeschäfte haben sich die Unternehmen zur Aufrechterhaltung eines ordnungsgemäßen Geschäftsbetriebes und zur Durchführung entsprechender Instandhaltungs- und Investitionsmaßnahmen über die Laufzeit der Verträge verpflichtet.



CDO-Transaktionen

Die Geschäftsführung der KWL geht weiter davon aus, dass die CDO-Transaktionen nichtig, jedenfalls aber unwirksam und gegenüber der KWL nicht durchsetzbar sind.

Mit Blick auf ein nicht auszuschließendes Prozessrisiko aus den CDO-Geschäften würde der KWL für den Fall der Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit der CDO-Transaktionen ein Verlust von Mio. EUR 260,0 zuzüglich Zinsen und anteiliger Verfahrenskosten drohen. Eine Rückstellung für das potenzielle Gesamtrisiko aus diesen CDO-Transaktionen wurde, mit Ausnahme der im Zusammenhang mit dem am 3. Juni 2013 ergangenen erstinstanzlichen Urteil des Landgerichts Leipzig vorsorglich gebildeten Rückstellung, wie im Vorjahr nicht gebildet, da die Gesellschaft nach wie vor von der Nichtigkeit und/oder Unwirksamkeit und/oder Nichtvollstreckbarkeit und/oder Nichtdurchführbarkeit der betreffenden Verträge sowie von einer erfolgreichen Abwehr sämtlicher potenzieller Forderungen auf juristischem Wege ausgeht.

Sonstige Eventualverbindlichkeiten und Haftungsverhältnisse

Das Tochterunternehmen IFTEC ist als Mitglied einer Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch zur Erbringung vertraglich vereinbarter Leistungen mit einem Volumen von Mio. EUR 11,0 verpflichtet. Die Bietergemeinschaft insgesamt, das heißt die IFTEC und ihr Konsortialpartner, haben bislang ihre Leistungen vertragsgerecht erfüllt, sodass davon auszugehen ist, dass beide die Verpflichtung auch weiterhin vertragsgemäß erfüllen werden. Mit einer Inanspruchnahme des Tochterunternehmens IFTEC ist folglich nicht zu rechnen.

Im Jahr 2006 gab die KWL gegenüber der HypoVereinsbank für die Tochtergesellschaft Sportbäder Leipzig GmbH, Leipzig, eine Patronatserklärung für gegenwärtige und künftige Kredit- und Finanzdienstleistungen, die vorrangig zur Investition einer neu gebauten Schwimmhalle und Absicherung des Bäderbetriebes dienen (Darlehensinanspruchnahme zum 31. Dezember 2013: Mio. EUR 5,1). Eine Inanspruchnahme ist nahezu auszuschließen.

Zum Bilanzstichtag bestehen mittelbare Pensionsverpflichtungen. Diese werden im Jahr 2013 vollständig durch das Kassenvermögen der Unterstützungskasse für die Mitteldeutsche Wirtschaft gedeckt. Die Bewertung der Verpflichtungen erfolgte auf der Grundlage eines versicherungsmathematischen Gutachtens.

4.2 Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es bestehen im Konzern sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Miet-, Pacht-, Leasing- und Leistungsverträgen von TEUR 187.627. Davon bestehen Verpflichtungen aus operativem Leasing über TEUR 135.318 (Vj.: TEUR 144.018). Aus den drei abgeschlossenen Leasingverträgen ergeben sich Verpflichtungen bis zu den Jahren 2021, 2022 und 2024. Bei zwei Leasingverträgen enthalten zukünftige Zahlungen einen variablen Zinsanteil, der auf Basis des Dreimonats-EURIBOR berechnet wird. Zinsanteile werden in den ausgewiesenen Verpflichtungen aus operativem Leasing für alle drei Verträge nicht dargestellt. Das operative Leasing dient der Finanzierung der bestehenden Biomassekraftwerke sowie des Gas- und Dampfturbinenkraftwerkes. Durch die Abbildung der Leasingobjekte in den Bilanzen der Leasinggeber und die damit verbundene Bilanzneutralität im Konzern bieten sich Freiräume, die für weitere Investitionen genutzt werden können.

Des Weiteren besteht seit dem 20. Februar 2013 ein Leasingvertrag für das Leasingobjekt Haferkornstraße IWK Mobile Stahl-Leichtbauhalle über TEUR 203. Die Mietsonderzahlung aus diesem Leasingvertrag betrug im Geschäftsjahr 2013 TEUR 20. Die unkündbare Leasingzeit liegt bei sechs Jahren.





Das Bestellobligo beläuft sich auf TEUR 53.714.

Außerdem sind Verpflichtungen zur Leistung noch nicht eingeforderter Einlagen auf GmbH-Anteile gegenüber nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen (TEUR 98, Vj.: TEUR 98) sowie Verpflichtungen zur Leistung von Kommanditeinlagen (TEUR 150, Vj.: TEUR 710) vorhanden. Letztere ergeben sich aufgrund der Regelungen in den §§ 171 Abs. 1 und 172 Abs. 4 HGB.

Sonstige bilanzielle Verpflichtungen (Gewährung von Darlehen beziehungsweise Bürgschaften) von TEUR 4.737 (Vj.: TEUR 4.737) ergeben sich zum Bilanzstichtag gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Zum 31. Dezember 2013 bestanden Konsignationslagervereinbarungen mit acht verschiedenen Lieferanten. Neben Versorgungssicherheit und geringem Abwicklungsaufwand führt das Vorgehen zur Verringerung der Kapitalbindungskosten. Die Bezahlung des Materials erfolgt erst nach der Entnahme aus dem Lager. Der Bestand des Konsignationslagers zum 31. Dezember 2013 betrug circa TEUR 625.

Ein Teil der Unternehmen des LVV-Konzerns hat im Geschäftsjahr 2013 an die Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbandes Sachsen, Dresden, Umlagen von 1,2 % und Zusatzbeiträge von 4,0 % (davon 2,0 % Arbeitnehmeranteil beziehungsweise 2,0 % bis 3,65 % Arbeitgeberanteil) der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte aller Beschäftigten geleistet. Die zusatzversorgungspflichtigen Personalaufwendungen betragen TEUR 55.778. Die Umlagen und Zusatzbeiträge dienen der mittelfristigen Ausfinanzierung einer bestehenden Deckungslücke der Zusatzversorgungskasse im Zuge der Umstellung auf ein beitragsfinanziertes, kapitalgedecktes Versicherungssystem. Sobald die Ausfinanzierung erreicht ist, soll die Umlage entfallen.

4.3 Derivative Finanzinstrumente

Zur Begrenzung von Zins- und Währungsrisiken werden Zins- und Devisenderivate abgeschlossen. Die Absicherung gegen Preisrisiken aus dem Energiebereich erfolgt durch den Einsatz von Commodity-Derivaten in Form von Optionen, Forwards und Futures. Zum Bilanzstichtag stellen sich Nominalvolumina, beizulegende Zeitwerte und Buchwerte der unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesenen Finanzderivate wie folgt dar:

	Nominal- volumen	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	
			Aktiva	Passiva
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Zinsderivate				
Zinsswaps ¹	381.816	-52.910	0	3.220 ²
Devisenderivate ¹				
Cross Currency Swaps	106.616	-12.476	45	0
Commodity Derivate ³				
Commodity-Termingeschäfte	2.915.800	-1.391	0	15 ²
Gasoptionen	0	45	165	0

¹ Derivate mit einem Nominalvolumen von TEUR 452.682 dienen als Sicherungsinstrumente in Bewertungseinheiten

² ineffektiver Teil der Sicherungsbeziehungen von TEUR 12.603

³ Grund- und Sicherungsinstrumente in Bewertungseinheiten



Die Zinsderivate werden für ein Nominalvolumen von TEUR 151.066 mit zugrunde liegenden Bankdarlehen (teilweise in Teilbeträgen) zu Bewertungseinheiten (Mikro-Hedges) zusammengefasst. Da die Derivate mit dem zugrunde liegenden Darlehen in allen wesentlichen Bedingungen übereinstimmen, ist davon auszugehen, dass sich gegenläufige Zahlungsströme aus der Zinsabsicherung für die verbleibende Laufzeit der Derivate vollständig ausgleichen, mithin eine Absicherung von Festzinssätzen erreicht wird.

Die Zeitwerte wurden den Marktpreisbestätigungsschreiben der Banken entnommen. Die jeweilige Bewertung gibt die Einschätzung der Bank bezüglich des Wertes des betreffenden Finanzinstrumentes wieder, der auf Basis aktueller Marktdaten unter Verwendung marktüblicher Bewertungsmethoden zum Bilanzstichtag ermittelt wurde. Er leitet sich gemäß Bank vom indikativen Preis ab, zu dem diese das Finanzinstrument beendet beziehungsweise zurückgekauft hätte, beziehungsweise wird durch die Bank auf Basis aktueller Marktdaten unter Verwendung marktüblicher Bewertungsmethoden vorgenommen.

Ein Teil der Zinsswaps (Nominalvolumen: TEUR 226.849) ist Bestandteil eines Makro-Hedges, der zur Absicherung von Zinsrisiken gebildet worden ist. Als Grundgeschäfte wurden variabel verzinsliche Leasingverträge, derzeit kontrahierte variable Darlehen und mit hoher Wahrscheinlichkeit eintretende künftige Folgefinanzierungen, die ebenfalls eine variable Zinskomponente enthalten werden, designiert. Der mithilfe der hypothetischen Derivate-Methode errechnete Marktwert der Grundgeschäfte (hypothetische Derivate) beläuft sich zum Bilanzstichtag auf TEUR -21.932.

Bei einem Zinsswap der KWL (Nominalvolumen: TEUR 35.750), welcher der Optimierung eines ehemaligen Grundgeschäftes dienen sollte, besteht keine exakte laufzeit- und betragsmäßige Übereinstimmung und keine gegenläufige risikostrukturelle Übereinstimmung mit dem aktuellen Grundgeschäft, sodass keine Bewertungseinheit angenommen werden kann. Der beizulegende Zeitwert des Zinsswaps betrug zum Bilanzstichtag TEUR 19.998 (zuzüglich TEUR 27.169 nach Klageerhebung nicht geleisteter Zinszahlungen). Gegen dieses Finanzprodukt geht die KWL gerichtlich vor und hat nach Einschätzung der sie vertretenden Anwälte überwiegende Erfolgsaussichten, sodass nur für mögliche verbleibende Risiken eine Rückstellung von TEUR 6.611 erforderlich war.

Um das in Euro valutierende Darlehen der GPEC gegen Zins- und Währungsrisiken abzusichern, wurde im Jahr 2009 ein Cross Currency Swap abgeschlossen. Die Risiken aus dem US Private Placement sind weiterhin durch einen Cross Currency Swap abgesichert. Die beizulegenden Zeitwerte der Cross Currency Swaps wurden durch die Banken unter Anwendung eines anerkannten Barwertmodells ermittelt. Die Cross Currency Swaps sind jeweils Bestandteil von Mikro-Hedges. Bei dem US Private Placement wurden durch den Cross Currency Swap alle US-Dollar-Zahlungen, die aus dem Geschäft resultieren, vollständig abgesichert. Der unter Berücksichtigung der hypothetischen Derivate-Methode abgeleitete Wert des Grundgeschäftes kompensiert den negativen Marktwert des Sicherungsgeschäftes.

Die Absicherung gegen Preisrisiken aus dem Energiebereich erfolgt durch den Einsatz von Commodity-Derivaten in Form von Optionen, Forwards und Futures.

Entsprechend § 285 Satz 1 Nr. 19 HGB werden unter den Commodity-Derivaten alle zu Handels- und Eigenbedarfszwecken erworbenen Finanzderivate im Anhang angegeben. Das Nominalvolumen entspricht dem additiven Wert aller geschlossenen Kauf- (Mio. EUR 1.458,0) und Verkaufsverträge (Mio. EUR 1.457,8) für zukünftige Lieferperioden bis einschließlich 2016 in den Commodities Strom, Gas, Gasoil und CO₂-Emissionzertifikate. Die zu Handelszwecken geschlossenen Kauf- und Verkaufskontrakte wurden in Anlehnung an die Vorgaben des Risikomanagements nach Lieferperioden und Commodities getrennt zu Portfolios zusammengefasst und entsprechend § 254 HGB bewertet. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte erfolgte mit Marktpreisen zum Bilanzstichtag, basierend auf extern anerkannten Quellen, zum Beispiel den amtlichen Schlusskursen an der European Energy Exchange AG, Leipzig (EEX).



Für das Gas-Portfolio war im Jahr 2013 eine Rückstellung von TEUR 15 zu bilden. Für die Absicherung einer Teilmenge der zu Erzeugungszwecken benötigten Gasmenge erfolgte der Abschluss von physischen Gasoil-Geschäften. Der Gasbezug für das 1. Quartal 2014 wurde durch eine Kaufoption für 202 GWh abgesichert, die Optionsprämie von TEUR 165 aktiviert.

Im Bereich des Energievertriebs wurden für die Commodities Strom und Gas Bewertungseinheiten gebildet. Die Makro-Hedges umfassen die jeweils für die Jahresscheiben 2014, 2015 und 2016 abgeschlossenen beziehungsweise erwarteten Absatz- und Beschaffungsgeschäfte. Als Grundgeschäfte wurden verbindliche Absatzverträge mit Kunden, der mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwartende Kundenabsatz sowie kontrahierte Börsen- beziehungsweise OTC-Absatzgeschäfte definiert. Das Nominalvolumen sämtlicher in die Makro-Hedges einbezogenen Grundgeschäfte beläuft sich auf Mio. EUR 432,1. Als Sicherungsinstrumente dienen kontrahierte Börsen- beziehungsweise OTC-Beschaffungsgeschäfte sowie langfristige Bezugsverträge.

Für die Darstellung wurde die Einfrierungsmethode gewählt.

4.4 Angaben zu den Organen der LVV

Der **Geschäftsführung** gehören an:

- Herr Josef Rahmen, Vorsitzender der Geschäftsführung, Arbeitsdirektor, (bis zum 31. März 2014),
- Herr Dr. Norbert Menke, Sprecher der Geschäftsführung, (ab 1. April 2014),
- Herr Volkmar Müller, kaufmännischer Geschäftsführer, (Arbeitsdirektor ab 1. April 2014) und
- Herr Detlev Kruse (bis zum 31. März 2013).

Die gewährten Leistungen an Mitglieder der Geschäftsführung werden in der Anlage 2 zum Konzernanhang dargestellt. Die Bezüge der früheren Mitglieder der Geschäftsführung betragen TEUR 24. Für laufende Pensionen an ehemalige Geschäftsführer sind TEUR 470 zurückgestellt.

Der **Aufsichtsrat** besteht aus folgenden Mitgliedern:

Gesellschaftervertreter

Burkhard Jung Aufsichtsratsvorsitzender	Stadt Leipzig	Oberbürgermeister der Stadt Leipzig
Torsten Bonew	Stadt Leipzig	Bürgermeister und Beigeordneter für Finanzen
Axel Dyck	Stadt Leipzig, Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion	Sachverständiger für Geotechnik, Geschäftsführer
Reiner Engelmann	Stadt Leipzig, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE	Lehrer
Ursula Grimm	Stadt Leipzig, Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion	Bürgermeisterin a. D.
Dr. Ilse Lauter	Stadt Leipzig, Fraktion DIE LINKE	Geschäftsführerin



Gesellschaftervertreter

Wolfram Leuze	Stadt Leipzig, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Jurist im Ruhestand
Heiko Oßwald	Stadt Leipzig, SPD-Fraktion	Finanzbeamter
Malte Reupert	Stadt Leipzig, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Geschäftsführer
Claus-Uwe Rothkegel	Stadt Leipzig, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion	Geschäftsführer der BFH Rothkegel GmbH

Arbeitnehmervertreter

Ines Kuche Stellvertretende Aufsichtsrats- vorsitzende	Gewerkschaftsvertreterin Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di	Bezirksgeschäftsführerin ver.di – Bezirk Leipzig Nordsachsen
Rainer Hartmann (bis 31.12.2013)	SW Leipzig	Meister der Elektrotechnik, aktuell stellvertretender Betriebs- ratsvorsitzender der SW Leipzig
Matthias Irmischer	LeoBus	Koordinator Personal der LeoBus GmbH
Peter Kubiak	SW Leipzig	Kommunikationstechniker, Mitglied des Betriebsrates der SW Leipzig
Sabine Lange	Gewerkschaftsvertreterin, Vereinte Dienstleistungs- gewerkschaft ver.di	stellvertretende Landesleiterin ver.di – Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen
Steffen Laue	IFTEC GmbH & Co. KG	Fahrzeugschlosser, aktuell stellver- tretender Betriebsratsvorsitzender der IFTEC
Jürgen Mehnert	Gewerkschaftsvertreter IG Bergbau, Chemie, Energie	Bezirksleiter der IG Bergbau Chemie Energie des Bezirkes Leipzig
Ronald Petzold	LVB	Koordinator für Verkehrssteuer- ung, aktuell Betriebsratsvorsit- zender der LVB
Steffen Schmidt (ab 01.01.2014)	SW Leipzig	Mitglied des Betriebsrates der SW Leipzig
Michaela Späth	KWL	Sachbearbeiterin für Fördermittel, aktuell Betriebsratsvorsitzende KWL
Steffen Tippach	LVB	Geschäftsbereichsleiter Markt/ Strategie LVB

Der Aufsichtsrat erhielt für seine Tätigkeit im Geschäftsjahr 2013 Vergütungen von TEUR 31.

Die individualisierte Angabe der Vergütungen und Aufwandsentschädigungen ergibt sich aus Anlage 2 zum Konzernanhang.



4.5 Abschlussprüferhonorar

Das vom Abschlussprüfer des LVV-Konzerns für das Geschäftsjahr 2013 berechnete Gesamthonorar beträgt TEUR 346. Davon entfallen auf Abschlussprüfungsleistungen TEUR 284, andere Bestätigungsleistungen TEUR 11 sowie auf sonstige Leistungen TEUR 51.

Das Gesamthonorar für andere, bei Tochterunternehmen im LVV-Konzern tätige Abschlussprüfer beträgt TEUR 649. Davon entfallen auf Abschlussprüfungsleistungen TEUR 335, auf andere Bestätigungsleistungen TEUR 12, auf Steuerberatungsleistungen TEUR 7 sowie auf sonstige Leistungen TEUR 295.

4.6 Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt (§ 314 Abs. 1 Nr. 4 HGB)

Im Jahresdurchschnitt waren 2.249 Gehaltsempfänger und 2.548 Lohnempfänger in den in den Konzernabschluss nach den Grundsätzen über die Vollkonsolidierung einbezogenen Unternehmen der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH beschäftigt.

Leipzig, den 17. April 2014

Geschäftsführung

Dr. Norbert Menke

Volkmar Müller

Konzernbilanz
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
Konzernanhang
Konzernkapitalflussrechnung
Konzerneigenkapitalspiegel
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers





ANLAGE 1 ZUM KONZERNANHANG

Entwicklung des Konzernanlagevermögens im Geschäftsjahr 2013
 LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig

	Anschaffungs- und Herstellungskosten						Stand am 31.12.2013 TEUR
	Stand am 01.01.2013 TEUR	Währungs- differenz TEUR	Zugänge TEUR	Umbu- chungen TEUR	Verände- rungen aus der Equity- Bewertung TEUR	Abgänge TEUR	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, Lizenzen, Nutzungsrechte, EDV-Programme und Grunddienstbarkeiten	121.560	-173	2.985	12.009	0	484	135.897
2. Geschäfts- oder Firmenwert	160.645	0	0	0	0	0	160.645
3. Geleistete Anzahlungen	8.971	0	505	-8.477	0	0	999
	291.176	-173	3.490	3.532	0	484	297.541
II. Sachanlagen							
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	495.379	-2.744	2.154	9.600	0	9.856	494.533
2. Technische Anlagen und Maschinen	3.399.280	-928	50.142	20.121	0	23.766	3.444.849
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	87.491	-226	4.996	2.198	0	8.999	85.460
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	78.816	-17	100.364	-35.451	0	208	143.504
	4.060.966	-3.915	157.656	-3.532	0	42.829	4.168.346
III. Finanzanlagen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	15.198	-69	9	0	0	32	15.106
2. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	72.500	0	0	0	297	0	72.797
3. Beteiligungen	127.720	-3	200	0	0	0	127.917
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	6.330	0	0	0	0	0	6.330
5. Sonstige Ausleihungen	565	0	0	0	0	114	452
	222.313	-72	209	0	297	146	222.602
	4.574.455	-4.160	161.354	0	297	43.459	4.688.488



kumulierte Abschreibungen							Buchwerte		
Stand am 01.01.2013 TEUR	Währungs- differenz TEUR	Zugänge TEUR	Umbu- chungen TEUR	Zuschrei- bungen TEUR	Verände- rungen aus der Equity- Bewertung TEUR	Abgänge TEUR	Stand am 31.12.2013 TEUR	Stand am 31.12.2013 TEUR	Stand am 31.12.2012 TEUR
104.966	-53	6.631	0	0	0	468	111.076	24.821	16.594
160.335	0	78	0	0	0	0	160.413	232	310
0	0	1	0	0	0	0	1	998	8.971
265.301	-53	6.710	0	0	0	468	271.490	26.051	25.875
245.156	-1.424	10.494	5	0	0	6.992	247.239	247.294	250.223
1.840.674	-726	108.809	-5	110	0	20.661	1.927.981	1.516.868	1.558.606
69.234	-137	6.731	0	0	0	8.149	67.679	17.781	18.257
41	6	638	0	0	0	0	685	142.819	78.775
2.155.105	-2.281	126.672	0	110	0	35.802	2.243.584	1.924.762	1.905.861
9.542	0	56	0	0	0	0	9.598	5.508	5.656
71.581	0	0	0	0	0	0	71.581	1.216	919
160	-3	0	0	0	0	0	157	127.760	127.560
0	0	0	0	0	0	0	0	6.330	6.330
0	0	257	0	0	0	0	257	195	565
81.283	-3	313	0	0	0	0	81.593	141.009	141.030
2.501.689	-2.337	133.694	0	110	0	36.270	2.596.666	2.091.822	2.072.766



ANLAGE 2 ZUM KONZERNANHANG

Gewährte Leistungen an Mitglieder der Geschäftsführung im Geschäftsjahr 2013
 in TEUR:

Name	festes Jahres- grund- gehalt	sonstige Bezüge	erfolgs- abhängige Vergütun- gen	Gesamt- vergütung	geleistete Zahlungen im Falle der Beendi- gung der Tätigkeit (Abfindungen)	Altersversorgung	
						Art	(Beitrags-) Aufwand
Josef Rahmen	250	10	50	310	–	Pensions- zusage	55
Volkmar Müller	200	30	50	280	–	–	–
Detlev Kruse	–	2	–	2	–	–	–
Summe	450	42	100	592	–		55

Vergütung/Aufwandsentschädigung der Mitglieder des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2013
 in TEUR:

Name	Summe der Vergütung	Summe der Aufwandsentschädigung
Gesellschaftervertreter		
Burkhard Jung		
Aufsichtsratsvorsitzender	2,0	0,5
Torsten Bonew	0,7	0,5
Axel Dyck	0,9	0,5
Reiner Engelmann	1,0	0,5
Ursula Grimm	1,5	0,5
Dr. Ilse Lauter	0,9	0,5
Wolfram Leuze	0,9	0,5
Heiko Oßwald	0,9	0,5
Malte Reupert	0,8	0,5
Claus-Uwe Rothkegel	1,0	0,5
Arbeitnehmervertreter		
Ines Küche		
Stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende	1,8	0,5
Rainer Hartmann	1,5	0,5
Matthias Irmischer	1,0	0,5
Peter Kubiak	1,0	0,5
Sabine Lange	0,9	0,5
Steffen Laue	0,9	0,5
Jürgen Mehnert	1,0	0,5
Ronald Petzold	0,9	0,5
Michaela Späth	0,9	0,5
Steffen Tippach	0,9	0,5

Konzernbilanz
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
Konzernanhang
Konzernkapitalflussrechnung
Konzerneigenkapitalspiegel
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers





KONZERNKAPITALFLUSSRECHNUNG

FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2013
 LVV LEIPZIGER VERSORGUNGS- UND VERKEHRSGESELLSCHAFT MBH, LEIPZIG

	2013 TEUR	2012 TEUR
Konzernjahresfehlbetrag	-3.462	-60.729
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	133.382	142.373
Abschreibungen auf Finanzanlagen	313	424
Veränderung aus der Equity-Bewertung	-297	-417
Abschreibungen auf das Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG	119	146
Zuschreibungen zum Anlagevermögen	-110	-117
Auflösung empfangener Ertragszuschüsse	-7.912	-7.449
Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	-39.258	-35.797
Erträge aus der Auflösung abgegrenzter Barwertvorteile aus grenzüberschreitenden Leasinggeschäften	-834	-834
Nettogewinn (Vj.: Verlust) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und von konsolidierten Unternehmen	2.226	-22.665
Konsolidierungskreisbedingte Änderungen und sonstige nicht zahlungswirksame Vorgänge	182	-884
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte	7.174	-2.752
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Forderungen und sonstiger Aktiva	36.002	179
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	7.102	124.490
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva	-21.059	-45.393
Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	113.568	90.575
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens	4.962	3.267
Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände	-3.490	-12.275
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-157.655	-131.246
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-209	-1.106
Einzahlungen aus dem Verkauf konsolidierter Unternehmen	0	56.774
Einzahlungen aus Investitionszuschüssen	33.086	24.050
Einzahlungen aus empfangenen Ertragszuschüssen	6.585	8.390
Rückzahlung von Investitions- und Ertragszuschüssen	-3.021	-4.199
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-119.742	-56.345
Einlagen der Gesellschafterin	24.900	34.271
Veränderungen der Anteile von Minderheitsgesellschaftern	-14	3.221
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	263.338	165.551
Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-228.710	-184.381
Ausschüttungen	-3.316	-2.293
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	56.198	16.369
Veränderung des Finanzmittelfonds	50.024	50.599
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	100.011	49.432
Konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	-17	-20
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	150.018	100.011
davon:		
Sonstige Wertpapiere	1.516	1.516
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	148.502	98.495
	150.018	100.011

Konzernbilanz
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
Konzernanhang
Konzernkapitalflussrechnung
Konzerneigenkapitalspiegel
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers





KONZERNEIGENKAPITALSPIEGEL

ZUM 31. DEZEMBER 2013

LVV LEIPZIGER VERSORGUNGS- UND VERKEHRSGESELLSCHAFT MBH, LEIPZIG

	Mutterunternehmen					Eigenkapital TEUR
	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Erwirtschaftetes Konzerneigen- kapital	Kumuliertes übriges Konzernergebnis		
				Eigenkapital- differenz aus Währungs- umrechnung	Andere neutrale Transaktionen	
TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	
Stand am 1. Januar 2012	512	152.874	-166.092	-7.323	31.012	10.983
Änderung des Konsolidie- rungskreises bzw. der Beteiligungsquote und Kapitalerhöhung	0	0	0	0	0	0
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	0	0	0	4.655	0	4.655
Ausschüttung an Minder- heitsgesellschafter	0	0	0	0	0	0
Einlage in die Kapitalrücklage	0	14.271	0	0	0	14.271
Entnahme aus der Kapitalrücklage	0	-70.102	70.102	0	0	0
Übrige Veränderungen	0	0	0	0	0	0
Konzernergebnis	0	0	-64.053	0	0	-64.053
Stand am 31. Dezember 2012	512	97.043	-160.043	-2.668	31.012	-34.144
Änderung des Konsolidie- rungskreises bzw. der Beteiligungsquote und Kapitalerhöhung	0	0	0	0	0	0
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	0	0	0	-1.152	0	-1.152
Ausschüttung an Minder- heitsgesellschafter	0	0	0	0	0	0
Einlage in die Kapitalrücklage	0	14.271	0	0	0	14.271
Entnahme aus der Kapitalrücklage	0	-1.615	1.615	0	0	0
Übrige Veränderungen	0	0	0	0	0	0
Konzernergebnis	0	0	-7.116	0	0	-7.116
Stand am 31. Dezember 2013	512	109.699	-165.544	-3.820	31.012	-28.141



Minderheitsgesellschafter

Minderheitenkapital	Eigenkapitaldifferenz aus Währungs-umrechnung	Andere neutrale Transaktionen	Eigenkapital	Konzerneigenkapital
TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
85.831	-1.203	670	85.298	96.281
2.347	0	0	2.347	2.347
0	792	0	792	5.447
-2.293	0	0	-2.293	-2.293
0	0	0	0	14.271
0	0	0	0	0
0	0	0	0	0
3.324	0	0	3.324	-60.729
89.209	-411	670	89.468	55.324
-4	0	0	-4	-4
0	-21	0	-21	-1.173
-3.316	0	0	-3.316	-3.316
0	0	0	0	14.271
0	0	0	0	0
0	0	0	0	0
3.654	0	0	3.654	-3.462
89.543	-432	670	89.781	61.640



Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel – und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der Geschäftsführung der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und über den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung gemäß § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.



Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig, den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Leipzig, den 17. April 2014

Deloitte & Touche GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


(Drüppel)
Wirtschaftsprüfer


(Schrader)
Wirtschaftsprüfer





KONZERNABSCHLUSS LVV
JAHRESABSCHLUSS LVV
JAHRESABSCHLUSS KWL
JAHRESABSCHLUSS LVB
KONZERNABSCHLUSS SW LEIPZIG
JAHRESABSCHLUSS SW LEIPZIG

Impressum

Herausgeber LVV Leipziger Versorgungs- und
Verkehrsgesellschaft mbH
Reichsstraße 4
Speck's Hof/Aufgang A
D-04109 Leipzig

Tel.: +49 341 355300-0
Fax: +49 341 355300-10
holding@lvv.de
www.lvv.de

Verantwortlich Frank Viereckl, Jörg Glatte
Konzept und Gestaltung Centralgestalt GmbH, Leipzig
www.centralgestalt.de
PDF-Download www.lvv.de/gb